## Klaus Boeckmann

# **Ende der Talfahrt?**

Entwicklung der Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet





Klaus Boeckmann
Ende der Talfahrt?
Entwicklung der Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet

#### Impressum:

Ende der Talfahrt?

Entwicklung der Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet

Klaus Boeckmann

Sozialforschungsstelle Dortmund

Beiträge aus der Forschung NR. 152

ISSN: 0937-7379

1. Auflage Dortmund Oktober 2006

© Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle

Dortmund

Iris Kastel-Driller

Evinger Platz 17

D-44339 Dortmund

Tel.: +49(0) 231-8596-140 Fax: +49(0) 231-8596-144

eMail: Kastel@sfs-dortmund.de

http://www.sfs-dortmund.de

http://www.werkstadt-dortmund.de Umschlaggestaltung: Michael Banos

Foto: Jan Schmitz

Druck: druckwerk gmbh kollektiv dortmund

Schutzgebühr: 1,50 Euro

## Inhalt

Vorw	vort	5
Einle	eitung	6
1.	Die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet	8
1.1 1.2 1.2.1 1.2.2 1.3		8 12 12 16 18
2.	Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitbeschäftigung	26
2.1 2.2 2.2.1 2.2.2 2.2.3	Zur Entwicklung ausgesuchter Wirtschaftszweige des sekundären Sektors	26 28 28 30 32
<b>3.</b> 3.1 3.2	Zur Entwicklung von Minijobs  Minijobs: kleine Beschäftigungsverhältnisse nicht nur für die Randbelegschaft Zur Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet	38 38 40
4.	Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Östlichen Ruhrgebiet	42
<b>5.</b> 5.1 5.2	Geschlechtsspezifische Entwicklungen Geschlechtsspezifische Unterschiede im Bereich der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland Geschlechtsspezifische Entwicklungen im Östlichen Ruhrgebiet	44 44 48
6.	Zur Veränderung der Beschäftigungsstrukturen	52
6.1 6.2	Entwicklung der unterschiedlichen Beschäftigungsformen Zur Veränderung der Beschäftigungsstrukturen im Östlichen Ruhrgebiet	52 56
Zusa	Zusammenfassung	
Liter	atur	64
Anha	Anhang	
Defir	ition der Beschäftigungsformen	
• S	ersicherungspflichtige Beschäftigung standardisierte und nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnisse feilzeitbeschäftigung Geringfügige Beschäftigung (Minijobs) strbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit, Zeitarbeit)	

### Vorwort

Mit der Schriftenreihe "fair statt prekär" greift die Kooperationsstelle ein zentrales Problem der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft auf: die zunehmende Verunsicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Flexibilisierung und Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse. "Precarius" meint im Lateinischen so viel wie "auf Widerruf gewährt, unsicher, unbeständig". Prekarisierung lässt sich in diesem Sinne umschreiben als sukzessive Rücknahme von Schutzregelungen, die zur Sicherung vor den Risiken der Lohnabhängigkeit in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen vereinbart und erstritten worden waren. Schon längst geht es nicht mehr nur um die Bildung einer prekären Peripherie, auch die "Stammbelegschaften" sind von der Destabilisierung des Beschäftigungssystems betroffen – sei es durch direkte Deregulierung oder durch indirekt wirkende Einschüchterung.

Was in der Wirtschaftspresse als "Freisetzung von Marktkräften" gefeiert wird, empfinden die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schlicht als Zumutung und unfaire Behandlung. Proteste richten sich gerade auch dagegen, dass Unternehmen rücksichtslos ihren Vorteil auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern suchen. Dass Beschäftigte trotz harter Arbeit kein ausreichendes Einkommen erzielen, wechselnden Auftragslagen der Unternehmen ausgeliefert sind, Diskriminierungen und willkürliche Behandlung erdulden müssen – dies ist nicht nur ein Armutszeugnis für eine reiche Gesellschaft, es widerspricht auch den ethischen Grundsätzen einer Demokratie.

In der Broschürenreihe "fair statt prekär" werden in loser Folge verschiedene Beiträge veröffentlicht, die das gemeinsame Ziel verfolgen, die Wirkungen der Prekarisierung auf Arbeitsbedingungen und Lebenslagen in der Region präziser herauszuarbeiten. Der Schwerpunkt liegt dabei weniger darauf, Abweichungen von einem eher abstrakten Maßstab "Normalarbeitsverhältnis" festzustellen. Es geht vielmehr darum, Prozesse der Prekarisierung zu erfassen und Ansatzpunkte für Interventionen im Sinne einer fairen Beschäftigung herauszuarbeiten.

Klaus Kock

für die Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswellt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle

#### **Der Autor**

Klaus Boeckmann, Dipl.-Ing. Raumplanung, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Kooperation Wissenschaft-Arbeitswelt, Beschäftigungsstatistiken, Arbeitsbedingungen in der ITK-Wirtschaft.

#### Klaus Boeckmann

## **Einleitung**

Strukturwandel bedeutete für das Östliche Ruhrgebiet in den letzten Jahrzehnten hohe Arbeitsplatzverluste in den etablierten "alten" Branchen und weniger hohe Arbeitsplatzgewinne hauptsächlich in den Dienstleistungsbereichen. Nach der Stilllegung der letzten beiden Stahlwerke Westfalenhütte und Phoenix in Dortmund im Jahr 2001 ist die beschäftigungspolitische Bedeutung der Montanindustrie in der Region erheblich geschrumpft. Um den Strukturwandel zu beschleunigen und die in Jahrzehnten entstandenen Beschäftigungslücken zu schließen, setzt die Region auf zukunftsfähige Branchen wie Logistik, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Mikrosystemtechnik oder auch auf die Gesundheitswirtschaft. Für die Strategie einer gezielten Konzentration auf so genannte Zukunftsbranchen steht insbesondere das "dortmund-project", das im Jahr 2001 an den Start ging, um den Auf- und Ausbau einiger Branchen gezielte zu fördern und die (erhebliche) Beschäftigungslücke zu schließen. Bereits vor 20 Jahren wurde mit dem Technologiezentrum und Technologiepark Dortmund eine erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Beschäftigungsaufbau geschaffen.

Trotz solcher Initiativen hat die große Beschäftigungslücke nach wie vor Bestand. In den letzten Jahren gab es eine zaghafte Annäherung an die landesweite Entwicklung. Dies kann als vorläufiges Ende eines Negativtrends und als Erfolg von Wirtschaftsförderungsstrategien gedeutet werden. Bedeutet dies aber auch, dass nun ein Aufwärtstrend einsetzt und zumindest der Rückstand zum Land NRW aufgeholt werden kann? Die vorliegende statistische Analyse gibt darauf keine eindeutigen Hinweise. Es zeigt sich aber, dass das überdurchschnittlich hohe Wachstum an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich die nach wie vor überdurchschnittlich hohen Verluste im industriellen Bereich nicht ausgleichen konnte. Die Anteile haben sich umgekehrt. Heute arbeiten in der früher von der Montanindustrie geprägten Region weit weniger Beschäftigte im sekundären Sektor als im landesweiten Durchschnitt. Das bedeutet umgekehrt, dass im Dienstleistungsbereich eine weit über dem Durchschnitt des Landes liegende Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden müsste, um einen Ausgleich zu erreichen. Ob dieser Anspruch eingelöst werden kann, ist in Anbetracht des nachhaltig wirkenden Substanzverlustes im sekundären Sektor zweifelhaft. Eine Strategie, die beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Branchen, die Entwicklung neuer Arbeitsfelder fördert und damit die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der etablierten Branchen gezielt unterstützt, gab es bisher nur ansatzweise.

Die ursprüngliche Absicht dieses Berichtes war es, die oben schemenhaft beschriebene regionale Situation durch eine differenziertere Analyse der Beschäftigungsentwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen der Region insgesamt und innerhalb der Region in Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna, sowie als Referenzgrößen die entsprechenden Entwicklungen auf Landesebene darzustellen. Nach Vorlage der ersten statistischen Analyse der Kooperationsstelle aus dem Jahr 1998 (vergl. Kock 1998), die auf große Resonanz in der Region gestoßen ist, hätte dieser Bericht dann den Charakter einer Fortschreibung gehabt. In den letzten Jahren hat sich der Blickwinkel verändert. Die immer stärkere Zunahme atypischer Beschäftigungsformen wie beispielsweise befristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Mini- und Midijobs, zwingen dazu, auch diese Veränderungen zu berücksichtigen, wenn es um eine statistische Analyse der Beschäftigungsentwicklung einer Region geht. Denn ein rein numerischer Vergleich statistischer Beschäftigungsdaten würde

die Entwicklung heute nur sehr unzureichend beschreiben und darüber hinaus gegebenenfalls zu falschen Schlüssen verleiten.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer veränderten Beschäftigungspolitik, die die Verteilung der Arbeit auf mehr Köpfe fördert und dies auch subventioniert, stellt sich die Frage der Substitution von Arbeitsverhältnissen und von sozialversicherungspflichtiger durch nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeit mit weit reichenden Konsequenzen für die Sozialsysteme. Um solche Entwicklungen erkennen und bewerten zu können, bedarf es einer statistischen Darstellung der Beschäftigungsentwicklung, die solche Rahmenbedingungen berücksichtigt und eine qualitative Interpretation quantitativer Ergebnisse ermöglicht. Letztlich geht es um Fragen der Förderung erwünschter Entwicklung oder des Gegensteuerns, wenn Entwicklung als unerwünscht erkannt und verhindert werden sollen. Eine statistische Analyse kann hier nur eine interpretationsund bewertungsfähige Basis für weitere Maßnahmen bereitstellen, diese Arbeit aber nicht ersetzen.

Für die Beschreibung der Entwicklung der Wirtschaftszweige, der Entwicklung von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede ist in diesem Bericht auf das Datenangebot des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS NRW) zurückgegriffen worden. Die Daten zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der geringfügigen Beschäftigung stammen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Aus dieser Quelle stammen auch differenzierte Daten für die Stadt Dortmund, die insbesondere für die vergleichenden Darstellungen der unterschiedlichen Beschäftigungsformen verwendet wurden. Um Entwicklungen vergleichen zu können, war es notwendig, einen Index zu bilden, der die jeweiligen Ausgangsdaten mit dem Wert 100 gleichsetzt und von diesem Wert ausgehend den prozentualen Entwicklungsverlauf darstellt (der Wert 110 bedeutet beispielsweise eine 10%ige Steigerung).

Die Daten des LDS NRW umfassen den Zeitraum von 1999 bis 2004. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts waren die Daten für 2005 leider noch nicht verfügbar. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit umfassen dagegen den Zeitraum von 2000 bis 2005 (Arbeitslose, Minijobs, Dortmunder Daten). Dies hat Konsequenzen insbesondere für die vergleichende Darstellung der Beschäftigungsformen im Östlichen Ruhrgebiet, da hier die verfügbaren Daten für die Jahre 1999 und 2005 keine Verwendung finden konnten, also nur die Darstellung des Zeitraums von 2000 bis 2004 möglich war. Für die vergleichende Darstellung einzelner Branchen in Dortmund lagen dagegen vollständige Daten für den Zeitraum von 2000 bis 2005 vor. Trotz dieses kleinen Makels lassen sich aus der statistischen Analyse eindeutige Tendenzen herauslesen, die deutliche Hinweise geben in Bezug auf eine genauere Betrachtung einzelner Wirtschaftsbereiche sowie die branchen- und geschlechtsspezifische Entwicklung von Beschäftigungsformen.

## Die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet

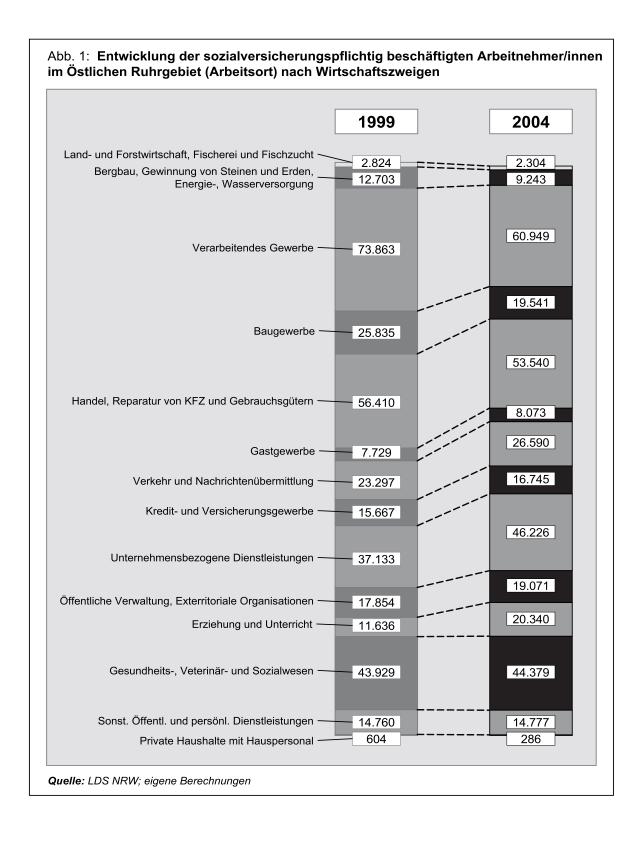
### 1.1 Gesamtentwicklung und Wirtschaftssektoren

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigen (SV-Beschäftigten) im Östlichen Ruhrgebiet sank von 344.244 im Jahr 1999 auf 342.064 im Jahr 2004. Mit -0,6% waren diese Beschäftigungsverluste nicht ganz so hoch wie im übrigen Nordrhein-Westfalen (-3%). Während Dortmund leichte Beschäftigungsgewinne verzeichnen konnte, musste der Kreis Unna geringfügige und Hamm im Vergleich zum Land NRW überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsverluste hinnehmen. Entsprechend haben sich die Beschäftigungsanteile in diesem Zeitraum geringfügig zugunsten Dortmunds verschoben. Im Jahr 2004 arbeiteten 56,1% (=191.801) der SV-Beschäftigten des Östlichen Ruhrgebietes in Dortmund, 15,1% (=51.500) in Hamm und 28,9% (=98.763) im Kreis Unna.

Innerhalb der Beschäftigungsstrukturen gab es zum Teil erhebliche Verschiebungen. Der bereits seit 1980 und insbesondere seit 1991 anhaltend massive Arbeitsplatzabbau im sekundären Sektor hat sich auch in den Jahren von 1999 bis 2004 fortgesetzt. Innerhalb dieses Zeitraums gingen hier 22.700 SV-Arbeitsplätze von 112.400 verloren. Bezogen auf das Jahr 1999 war dies ein Minus von 20,2% im sekundären Sektor. Dem gegenüber stand eine Steigerung von 9,2% auf 250.000 Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Trotz dieses Zugewinns von 21.000 Stellen konnten die Arbeitsplatzverluste im sekundären Sektor nicht ausgeglichen werden. Die größten Arbeitsplatzverluste gab es im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung (-3.460), im Verarbeitenden Gewerbe (-12.914), darunter der Bereich Metallerzeugung- und Bearbeitung (-6.271), im Baubereich (-6.294) und im Handel (-2.870). Die größten Beschäftigungszuwächse entstanden im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+3.293) und im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen (+9.093). Der statistische Zuwachs von 8.704 SV-Arbeitsplätzen im Bereich Erziehung und Unterricht muss wegen des besonderen Status der Personalserviceagentur PEAG gesondert betrachtet werden. Hier handelt es sich Qualifizierungs- und Vermittlungstätigkeiten, nicht aber um klassische Beschäftigungsverhältnisse (vergl. Stadt Dortmund 2006, S.44).

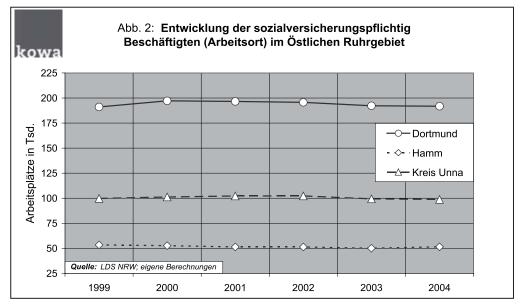
Die Entwicklung innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes verlief uneinheitlich. Die Beschäftigungsverluste im sekundären Sektor waren in Dortmund mit über 12.000 (-23,8%) und in Hamm mit ca. 5.000 (-22,4%) SV-Arbeitsplätzen im Vergleich zum Land NRW (-14,9%) überdurchschnittlich hoch. Unna verlor mit 5.000 Arbeitsplätzen (-13,6%) in diesem Sektor in Relation zum Land geringfügig weniger. Im Gegensatz dazu lagen die Beschäftigungsgewinne im Dienstleistungssektor sowohl in Dortmund, als auch in Hamm und im Kreis Unna jeweils über dem Landesdurchschnitt von +4,2%. Insbesondere in Dortmund mit einem Zugewinn von 9,8% (+13.500 Arbeitsplätze) und in Hamm mit 10,3% (+3.200) lag der Zuwachs signifikant über dem Landesdurchschnitt. Auch der Kreis Unna verzeichnete mit 7,1% (+4.400) einen überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs. Aber lediglich in Dortmund waren die Arbeitsplatzzugewinne im Dienstleistungssektor höher als die Verluste im sekundären Sektor.

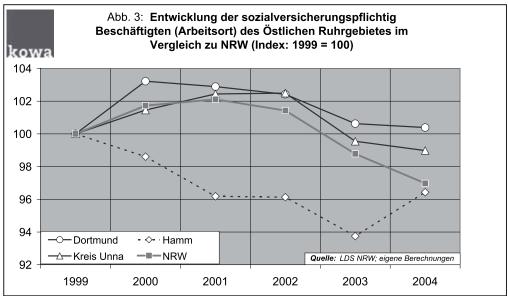
Korrespondierend zu dieser Entwicklung haben sich die Anteile der einzelnen Sektoren erheblich verschoben. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft hat mit 2.300 Arbeitsplätzen einen Anteil von 0,7% an allen SV-Beschäftigten im Östlichen Ruhrgebiet und damit ebenso wie im Land NRW eine beschäftigungspolitisch eher geringe Bedeutung. Im Östlichen Ruhrgebiet hat sich der Anteil des tertiären Sektors von 66,5% in

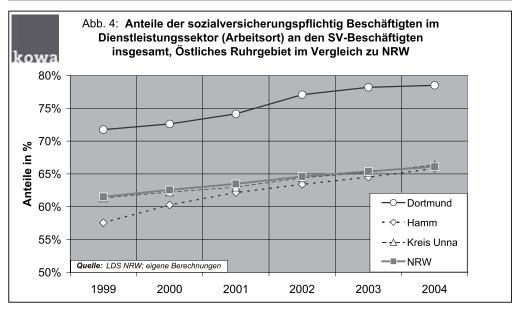


1999 auf 73,1% im Jahr 2004 erhöht und entsprechend dazu hat sich der Anteil des sekundären Sektors von 32,7% auf 26,2% verringert. Im Land Nordrhein-Westfalen hat sich der Dienstleistungsbereich mit einer Steigerung von 61,5% in 1999 auf 66,1% in 2004 von einem eindeutig niedrigeren Niveau aus entwickelt als im Östlichen Ruhrgebiet. Dies bedeutet andererseits eine Verringerung des Anteils des sekundären Sektors im Land NRW von 37,7% in 1999 auf "lediglich" 33,1% im Jahr 2004.

Die noch vor wenigen Jahrzehnten durch ihre Montanindustrie geprägte Region Östliches Ruhrgebiet zeichnet sich heute durch einen überdurchschnittlich hohen Dienstleistungsanteil aus. Trotz der hohen Steigerungsraten in diesem Bereich kann die Entwicklung keineswegs zufrieden stellen. Denn die Arbeitsplatzzugewinne im tertiären Sektor reichen nicht aus, um die Arbeitsplatzverluste im Industriebereich auszugleichen und sie reichen bei weitem noch nicht aus, um die Entwicklungsunterschiede zwischen der Region und dem Land NRW zu beseitigen. Angesichts dieser Situation kann die günstige Entwicklung im Dienstleistungsbereich zwar als regionale Stärke bezeichnet werden. Gleichzeitig ist der geringe Besatz an Industriearbeitsplätzen aber als nachhaltig wirkendes Entwicklungsdefizit einzuordnen. Diese Schwäche ist weniger ein regionales als ein kommunales Problem. Denn mit 65,8% und 66,4% Dienstleistungsanteilen liegen Hamm und der Kreis Unna bezogen auf das Jahr 2004 etwa im Landesdurchschnitt (66,1%). Demgegenüber fand in Dortmund die Steigerung des Dienstleistungsanteils von 71,8% in 1999 auf 78,5% in 2004 auf einem wesentlich höheren Niveau statt. Der Anteil des sekundären Sektors lag entsprechend dazu bereits im Jahr 1999 mit 27,7% weit unter dem Landesdurchschnitt. Dieser Abstand hat sich mit einem Anteil von 21,0% in 2004 noch einmal vergrößert!







### 1.2 Zur Entwicklung ausgesuchter Wirtschaftszweige im Sekundären Sektor

#### 1.2.1 Verarbeitendes Gewerbe

#### Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

Im Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung arbeiteten im Jahr 2004 mit 5.937 Beschäftigten 1,7% der SV-Beschäftigten des Östlichen Ruhrgebietes. In diesem Wirtschaftszweig wurden seit 1999 über 800 Stellen abgebaut, mehr als 2/3 davon in Dortmund. Bereits 1999 lag der Anteil an den SV-Beschäftigten des Östlichen Ruhrgebietes mit 2,0% unter dem Landesdurchschnitt von 2,3%. Dieser Abstand hat sich mit einem überproportional zu NRW hohen Arbeitsplatzabbau noch vergrößert (NRW 2004: 2,2%). Innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes lag Hamm mit 2,7% in 1999 und 2,5% in 2004 über diesem Wert.

#### Papier-, Verlags- und Druckgewerbe

In diesem Wirtschaftszweig waren die Arbeitsplatzverluste überproportional hoch. Zwischen 1999 und 2004 sank die Zahl der SV-Beschäftigten von 4.800 auf 3.900. Damit sank auch der Anteil an den SV-Beschäftigten insgesamt von 1,4% auf 1,1%. Diese Branche war bereits in den Jahren zuvor wesentlich kleiner als im Landesdurchschnitt. Im Land NRW sank die Zahl der Arbeitsplätze um 12,3% auf ein Niveau von 1,9% der Gesamtbeschäftigten. Trotz landesweiter Arbeitsplatzverluste hat sich der Abstand der Region zum Land in diesem Bereich noch vergrößert. Zwischen Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna sind in der Entwicklung keine signifikanten Unterschiede festzustellen.

#### Herstellung von Chemischen Erzeugnissen

Die Chemieindustrie ist mit 0,35% der SV-Beschäftigten in Dortmund deutlich unterrepräsentiert. Dass sich dieser Wirtschaftszweig in der Region und auch im Vergleich zum Land NRW insgesamt positiv entwickeln konnte, lag an dem überproportional hohen Bestand an Chemiearbeitsplätzen in Hamm und im Kreis Unna in Verbindung mit einem insgesamt positiven Beschäftigungswachstum in der Region, das von Dortmund und insbesondere dem Kreis Unna getragen wurden. In Hamm gingen dagegen 8,3% der Chemiearbeitsplätze verloren. Dennoch lag der Anteil an allen SV-Arbeitsplätzen hier mit 3,3% ebenso wie im Kreis Unna mit 3,4% nach wie vor weit über dem Landesdurchschnitt von 2,1% (jeweils bezogen auf das Jahr 2004). Mit dieser Entwicklung ist die Chemieindustrie die einzige Branche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, die im Östlichen Ruhrgebiet nennenswerte Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen hatte und die sich darüber hinaus auch vom landesweiten Trend (Arbeitsplatzabbau von über 15%!) stark unterscheidet.

Abb. 5: Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

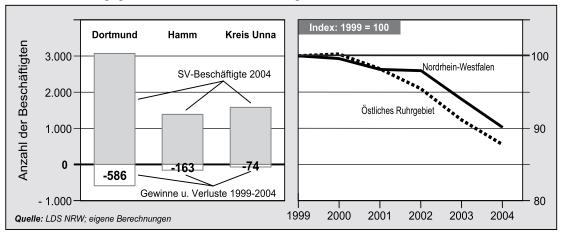


Abb. 6: Papier-, Verlags- und Druckgewerbe

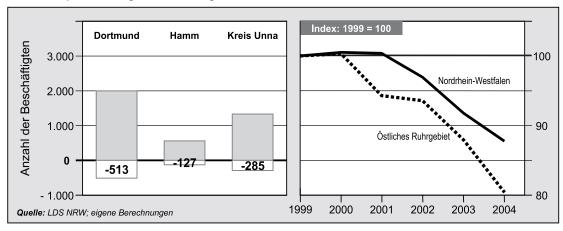
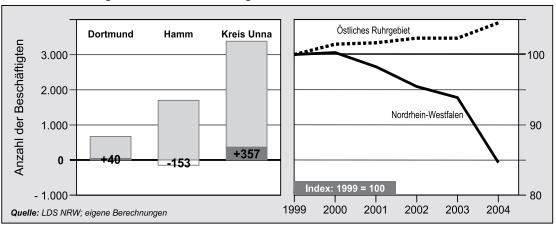


Abb. 7: Herstellung von chemischen Erzeugnissen



#### Metallerzeugung und -bearbeitung

Den größten Einbruch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes erlebte der Bereich Metallerzeugung und –bearbeitung. Die hohen Verluste von 26,9% der Arbeitsplätze gehen fast ausschließlich zu Lasten der Stahlindustrie in Dortmund. Mit der Stilllegung der beiden letzten Stahlstandorte hat sich die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche in Dortmund von 2001 bis 2002 um fast 40% auf 6.000 und dann noch einmal auf 5.550 bis 2004 verringert. Damit sank auch der Anteil an den SV-Beschäftigten insgesamt von 6,8% auf 5,0%. Auch wenn dieser Anteil jetzt weit unter den Landesdurchschnitt von 6,2% gesunken ist, bleibt die Branche ein wichtiger Arbeitgeber. Bereits in 1999 hatte sie in Hamm mit 7,7% der SV-Beschäftigten und insbesondere im Kreis Unna mit 9,3% einen wesentlich höheren Anteil an den SV-Beschäftigten als in Dortmund mit 5,2%. Diese Anteile sind bis 2004 in unterschiedlichem Maße gesunken: in Dortmund auf 2,9%, in Hamm auf 5,9% und im Kreis Unna auf einen immer noch beachtlichen Anteil von 8,5%. Allein im Kreis Unna waren die Arbeitsplatzverluste in Höhe von 9,3% nicht ganz so hoch wie im Durchschnitt des Landes NRW (-12,2%).

#### Maschinenbau

Auch im Maschinenbau des Östlichen Ruhrgebietes wurden im Berichtszeitraum im Vergleich zum Land NRW überdurchschnittlich viele Stellen abgebaut (-1.900). Ebenso wie in anderen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich dadurch ein bereits bestehender Abstand zum Land NRW noch vergrößert. Der Anteil an den SV-Beschäftigten im Östlichen Ruhrgebiet betrug 1999 3,3% und sank dann auf 2,8% in 2004. Im Land NRW sank dieser Anteil von 4,2% auf 3,9%. Besonders negativ betroffen war der Kreis Unna, der in dieser Branche 1999 noch einen Anteil von 4,4% an den SV-Beschäftigten verzeichnete. Dieser Anteil sank bis 2004 unter das Landesniveau auf 3,4%. Das entspricht einem Beschäftigungsverlust in Höhe von 23,5% oder ca. 1.000 Arbeitsplätzen (landesweit: -10,5%). Hamm konnte dagegen bescheidene Beschäftigungszuwächse realisieren, allerdings ausgehend von einem relativ niedrigen Beschäftigungsniveau (unter 1.000 Arbeitsplätze).

#### Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik

Eine ähnliche Entwicklung wie im Land NRW zeigte sich in der Elektroindustrie des Östlichen Ruhrgebietes. Hier sank die Zahl der Arbeitsplätze um 9,7% auf 11.100 in 2004 (Land NRW: -8,4%). Der Anteil an den SV-Beschäftigten sank im Östlichen Ruhrgebiet von 3,6% auf 3,3% und entwickelte sich damit geringfügig über dem landesweiten Niveau (1999: 3,3%, 2004: 3,1%). Im Kreis Unna waren die Arbeitsplatzverluste in Relation zu Dortmund und Hamm nicht ganz so groß. Darüber hinaus gab es innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes in der Entwicklung dieser Branche keine nennenswerten Unterschiede.

Abb. 8: Metallerzeugung und -bearbeitung

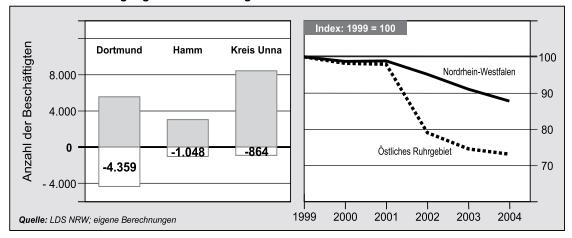


Abb. 9: Maschinenbau

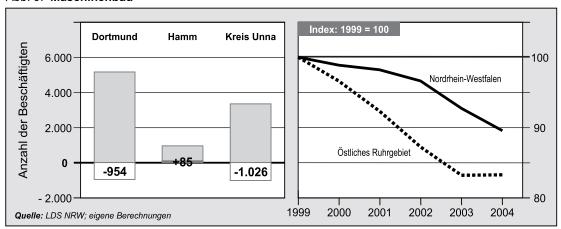
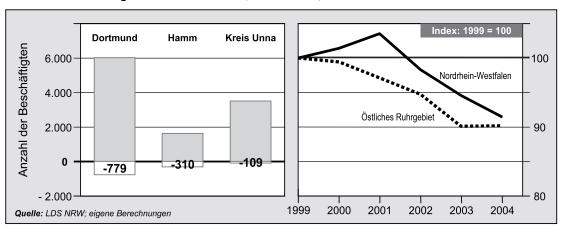


Abb. 10: Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik



### 1.2.2 Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe

### Bergbau, Energie- und Wasserversorgung

Da sich mit dem "Bergwerk Ost" der Deutsche Steinkohle AG lediglich noch eine Zeche im Östlichen Ruhrgebiet befindet, liegen hier aus Datenschutzgründen keine Angaben über Beschäftigtenzahlen vor. Darüber hinaus sind auch die Angaben für den Bereich Energie- und Wasserwirtschaft lückenhaft, so dass die Entwicklung beider Wirtschaftszweige zum Teil nur zusammenfassend dargestellt werden kann. Der Bergbau hat in Dortmund und im Kreis Unna mit zusammen unter 400 Arbeitsplätzen in 2004 kaum noch eine Bedeutung. Im Bereich der "Energie- und Wasserversorgung" sank die Zahl der Arbeitsplätze in Dortmund um 13,1% auf 3.100, im Kreis Unna stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 2,5% auf 1.500 geringfügig an. Die Anteile an den SV-Arbeitsplätzen lagen mit 1,6% (Dortmund) und 1,5% (Kreis Unna) über dem Landesniveau von 1,1%. In Hamm hatte der zusammengefasste Bereich "Bergbau, Energie- und Wasserversorgung" 1999 einen Bestand an Arbeitsplätzen von 5.600. Hierin enthalten ist ein geschätzter Anteil von 75% Bergbauarbeitsplätzen. Der Anteil an den SV-Stellen sank von 10,6% in 1999 bis 2004 auf 7,3%. 2004 waren in dem Bereich noch 3.700 Arbeitnehmer/innen beschäftigt. Obwohl hier massiv Arbeitsplätze abgebaut wurden, hat insbesondere der Bergbau für die Stadt Hamm noch eine große beschäftigungspolitische Bedeutung.

#### Baugewerbe

Neben der Stahlindustrie ist das Baugewerbe die Branche mit den höchsten Arbeitsplatzverlusten im Östlichen Ruhrgebiet ebenso wie im gesamten Land NRW. Die Entwicklung verlief fast parallel mit Beschäftigungsverlusten von 24,4% (Östliches Ruhrgebiet) und 24,6% (Land NRW). Die jeweiligen Anteile an den SV-Beschäftigten sanken von 7,5% auf 5,7%, bzw. von 6,9% auf 5,4% (Land NRW). 2004 arbeiteten im Baugewerbe des Östlichen Ruhrgebiets nach einem Abbau von 6.300 Stellen seit 1999 noch 19.500 SV-Beschäftigte. Innerhalb der Region fand dieser Arbeitsplatzabbau in Dortmund auf einem höheren Beschäftigungsniveau statt (von 8,0% auf 6,0%), in Hamm und im Kreis Unna entsprach die Entwicklung etwa dem Landestrend.

Abb. 11: Bergbau, Energie- und Wasserversorgung

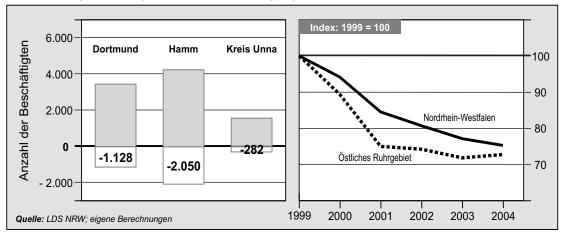
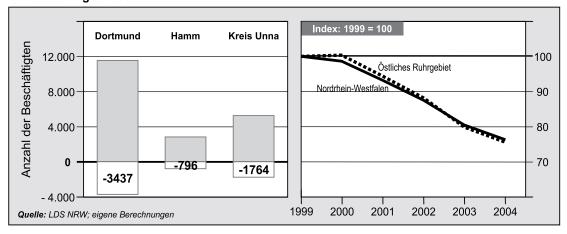


Abb. 12: Baugewerbe



## 1.3 Zur Entwicklung ausgesuchter Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich

#### Handel

Im Unterschied zu den meisten anderen Wirtschaftsbereichen des Dienstleistungssektors gingen im Handel SV-Arbeitsplätze verloren. Auf Landesebene sank die Zahl der SV-Beschäftigten im Großhandel um 8,5% und im Einzelhandel um 6,4%. Mit diesen Arbeitsplatzeinbußen sank auch die relative Bedeutung des Handels im Vergleich zur übrigen Wirtschaft: im Großhandel von 4,9% der SV-Beschäftigten in 1999 auf 4,6% in 2004 und im Einzelhandel von 7,9% auf 7,7%. Eine ähnliche Entwicklung ist im Östlichen Ruhrgebiet zu beobachten, jedoch ausgehend von einem etwas geringerem Niveau im Großhandel (von 4,8% auf 4,4%) und einem höherem Niveau im Einzelhandel (von 8,9% auf 8,2%).

Innerhalb des Östlichen Ruhrgebiets verlief die Entwicklung unterschiedlich. In Hamm fielen die Arbeitsplatzverluste im Großhandel mit 3,1% und im Einzelhandel mit 4,4% wesentlich geringer aus als im Land NRW. Im Kreis Unna waren die Arbeitsplatzverluste im Großhandel (-4,1%) nur halb so hoch wie im Landesdurchschnitt, im Einzelhandel lagen sie nur geringfügig über dem Landestrend (-6,6%). Nach wie vor verfügt der Kreis Unna über einen relativ hohen Bestand an Einzelhandelsarbeitsplätzen. Der Anteil an den SV-Beschäftigten sank zwar von 10,5% in 1999 auf 9,9% in 2004, lag damit aber immer noch erheblich über dem Durchschnitt des Landes NRW. Überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze gingen dagegen in Dortmund verloren. Im Großhandel sank die Zahl um 11,8% und im Einzelhandel um 11,2%. Dies bedeutete zusammen einen Verlust an 3.000 SV-Arbeitsplätzen im Zeitraum von 1999 bis 2004. Während im Großhandel der Anteil an den SV-Beschäftigten von einem höheren Niveau (1999: 5,3%) auf das Landesniveau von 4,6% fiel, sank der Anteil des Dortmunder Einzelhandels an den SV-Beschäftigten von überdurchschnittlich hohen 8,4% auf unterdurchschnittliche 7,4% in 2004.

#### Gastgewerbe

Parallel zum Landestrend verlief die Entwicklung der SV-Beschäftigten im Gastgewerbe des Östlichen Ruhrgebiets. Nach einer Phase des Aufschwungs bis 2002 sank die Zahl der Beschäftigten bis 2004 wieder ab auf ein Niveau von 104,5% des Ausgangswertes (Land NRW: 103,2%). Der Anteil von 2,2% an den SV-Beschäftigten konnte in diesem Zeitraum auf 2,4% gesteigert werden (Land NRW: von 2,2% auf 2,3%). Während der Anteil in Dortmund mit 2,5% über dem Landesniveau und der Anteil im Kreis Unna mit 1,8% (jeweils 2004) unter dem Landesniveau lagen, bedeutete der überdurchschnittlich hohe Beschäftigungszuwachs in Hamm eine Steigerung des Anteils an den SV-Beschäftigten in dieser Branche von 2,3% in 1999 auf 2,9% in 2004.

Abb. 13 Großhandel

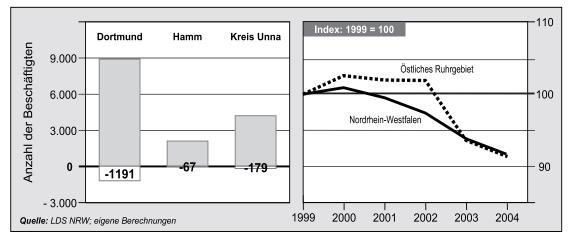


Abb. 14: Einzelhandel

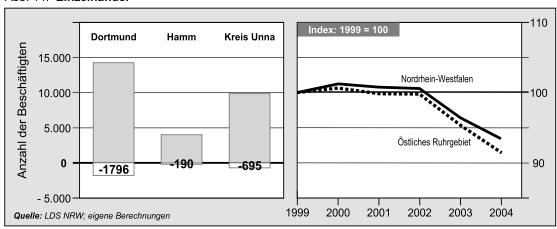
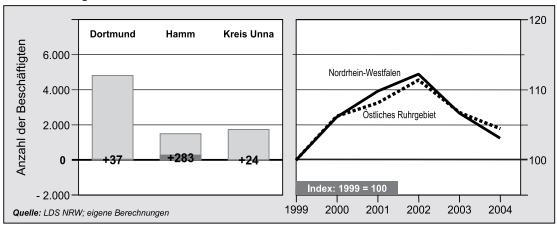


Abb. 15: Gastgewerbe



#### Verkehr

Nach wie vor ist die Verkehrswirtschaft der Region eine Wachstumsbranche, auch wenn die hohen Wachstumszahlen der 80er und 90er Jahre nicht mehr erreicht werden konnten. Mit einer Steigerung des Anteils an den SV-Beschäftigten von 5,9% in 1999 auf 6,6% in 2004 konnte die Branche auch gegenüber dem Land NRW (von 4,3% auf 4,5%) den Beschäftigungsbestand auf 22.600 SV-Arbeitsplätze erneut ausbauen. An der Spitze dieser Entwicklung lag der Kreis Unna mit einer Steigerung um 20,3% auf 9.700 Arbeitsplätze. Hier teilt sich die Branche gemeinsam mit dem Einzelhandel mit einem Anteil von jeweils 9,9% an den SV-Beschäftigten den ersten Platz in der Rangfolge der wichtigsten Wirtschaftsbereiche. Noch größer waren die Wachstumsraten in Hamm mit einer Steigerung von 35,3% auf über 2.400 Arbeitsplätze in 2004. Diese Entwicklung erfolgte von einem unterdurchschnittlichen Anteil an den SV-Beschäftigten in Höhe von 3,4% aus und erreichte innerhalb von 5 Jahren einen überdurchschnittlichen Anteil von 4,8%. Die Arbeitsplatzzahlen in Dortmund sanken geringfügig (-0,3%) auf 10.400, jedoch auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau (Anteil an den SV-Beschäftigten 2004: 5,4%).

#### Kredit- und Versicherungsgewerbe

Das überdurchschnittlich hohe Wachstum der Kredit- und Versicherungsbranche auf einem hohen Niveau konzentriert sich in der Region ebenso wie in vorausgegangenen Jahren auf den Standort Dortmund. Hier steigerte sich der Anteil an den SV-Beschäftigten im Berichtszeitraum von 6,1% auf 6,7%, während die Branche landesweit stagnierte (Anteil 1999: 3,8%, 2004: 3,9%, jedoch leicht rückläufige Arbeitsplatzzahlen). 2004 arbeiteten in der Dortmunder Kredit- und Versicherungswirtschaft 12.800 SV-Beschäftigte. Einen bescheidenen Beitrag zur positiven Entwicklung in der Region lieferte Hamm mit einer Steigerung um 200 auf 1.900 Arbeitsplätze. Im Vergleich der Anteile an den SV-Beschäftigten lag Hamm 2004 mit 3,7% noch unter dem Landesdurchschnitt. Im Kreis Unna wurden bei einem Anteil von 2,1% an den SV-Beschäftigten demgegenüber Stellen abgebaut. Die neuesten Meldungen über Standortschließungen und Stellenabbau in Dortmund lassen befürchten, dass sich der positive Trend der vergangenen Jahre in Zukunft nicht mehr fortsetzen wird.

#### Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Dieser Wirtschaftsbereich umfasst ein recht heterogenes Branchenspektrum von der Immobilienwirtschaft über Teile der IT-Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, Anwaltskanzleien, Steuerberater, Architekten bis hin zum Reinigungsgewerbe. Die Wachstumsraten des Östlichen Ruhrgebietes lagen hier über der des Landes NRW, ausgehend von einem geringfügig über dem Landesdurchschnitt liegenden Beschäftigungsstand. Der Anteil an den SV-Beschäftigten steigerte sich im Zeitraum von 1999 bis 2004 von 10,8% auf 13,5% (Land NRW: von 10,1% auf 12,5%). Insbesondere in Dortmund ist dieser Anteil mit 16,6% (1999: 13,9%) bei einem Arbeitsplatzbestand von 31.800 in 2004 überdurchschnittlich hoch. In Hamm mit 11,4% und insbesondere im Kreis Unna mit 8,7% sind die jeweiligen Anteile zwar niedriger als im Landesdurchschnitt. Mit weit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten von 35,3% (Hamm) und 37,8% (Kreis Unna) konnte der Rückstand im Berichtszeitraum jedoch erheblich verringert werden.

Abb. 16: Verkehr

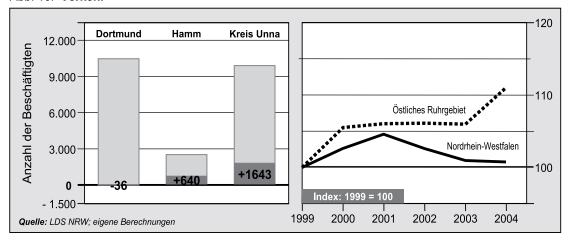


Abb. 17: Kredit- und Versicherungsgewerbe

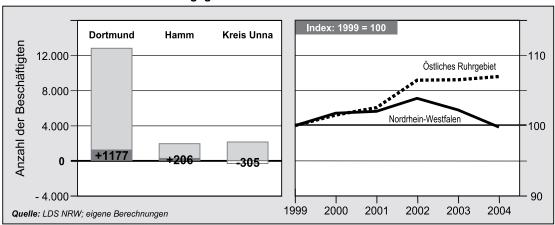
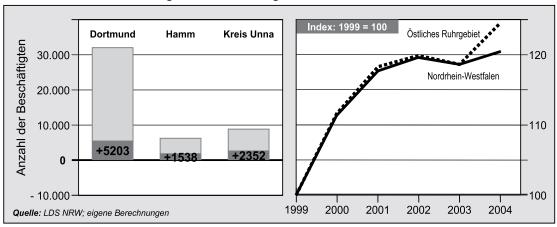


Abb. 18: Unternehmensbezogene Dienstleistungen



#### Öffentliche Verwaltung, Exterritoriale Organisationen

Hamm lag in diesem Wirtschaftsbereich mit Arbeitsplatzverlusten von 1,6% geringfügig und der Kreis Unna mit einem Minus von 4,6% erheblich unter dem Landestrend von -0,6%. Das insgesamt positive Wachstum an Arbeitsplätzen im Bereich der Öffentlichen Verwaltungen des Östlichen Ruhrgebietes ist allein auf eine Steigerung der Beschäftigtenzahlen in Dortmund um 16,6% auf 10.700 (2004) zurückzuführen. Trotz dieses Anstiegs verfügt Dortmund keinesfalls über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Verwaltungsarbeitsplätzen. Hier hat lediglich eine Angleichung stattgefunden. Mit einem Anteil von 5,6% an den SV-Beschäftigten entwickelte sich Dortmund bis 2004 nach einem unterdurchschnittlichen Anteil von 4,8% in 1999 ebenso wie Hamm (5,5%) und der Kreis Unna (5,6%) auf das Landesniveau von ebenfalls 5,6% in 2004.

#### **Erziehung und Unterricht**

Dieser Wirtschaftsbereich entwickelte sich bis 2001 auf einem etwas höheren Niveau, aber mit geringfügig niedrigeren Steigerungsraten als auf Landesebene, bevor dann bis 2004 ein enormes Wachstum einsetzte. Die Anteile an den SV-Beschäftigten stiegen auf Landesebene von 2,9% in 1999 auf 3,2% in 2001 und schließlich auf 3,5% in 2004 kontinuierlich an. Im Östlichen Ruhrgebiet gab es demgegenüber nach einer Entwicklung von 3,4% in 1999 auf 3,6% in 2001 einen regelrechten Sprung auf 5,9% in 2004! Dies bedeutete eine Steigerung um 7.600 auf 20.300 Arbeitsplätze. Die Ursache für diese Entwicklung waren die Aktivitäten der Personalentwicklungs- und Arbeitsmarktagentur PEAG in Dortmund, die insbesondere die von Sozialplänen betroffenen Mitarbeiter/innen der beiden in 2001 stillgelegten Dortmunder Stahlwerke, aber auch betroffene Mitarbeiter/innen aus anderen Unternehmen im Rahmen von Qualifizierungs- und Vermittlungstätigkeiten, jedoch nicht im Rahmen klassischer Arbeitsverhältnisse beschäftigte (vergl. Haermeyer 2004, S.5). Vor diesem Hintergrund ist keine Aussage über die Entwicklung in Dortmund möglich. In Hamm mit einer Steigerung von 21,7% auf 1.800 Beschäftigte und im Kreis Unna mit einer Steigerung von 18,7% auf 2.900 Beschäftigte lagen die Wachstumsraten über denen des Landes (+16%). Das durchschnittliche Landesniveau von 3,5% Anteilen an den SV-Beschäftigten in 2004 konnte aber nur in Hamm (3,4%), nicht aber in Unna (2,9%) erreicht werden.

#### Gesundheits- und Veterinärwesen

Mit 27.600 Beschäftigten in 2004 gehört das Gesundheits- und Veterinärwesen zu den größten Wirtschaftsbereichen der Region. Der Anteil von 8,1% an den SV-Beschäftigten lag über dem Landesniveau von 7,6%. Die eher moderate Steigerungsrate von 4,7% lag ebenfalls leicht über dem Landesdurchschnitt von 4,4%. Innerhalb der Region entwickeln sich Dortmund mit 14.500 und der Kreis Unna mit 7.600 SV-Arbeitsplätzen auf dem Landesniveau. Hamm konnte seinen überdurchschnittlich hohen Anteil von 10,1% in 1999 auf 10,7% weiterentwickeln. Die Bäderstadt beschäftigte 2004 5.500 SV-Arbeitnehmer/innen in dieser Branche.

Abb. 19: Öffentliche Verwaltung, Exterritoriale Organisationen

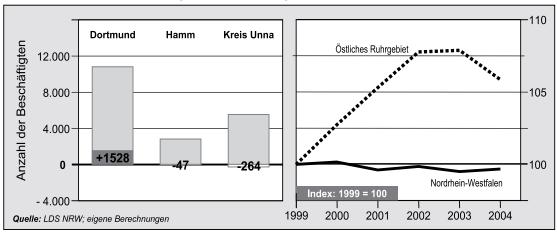


Abb. 20: Erziehung und Unterricht

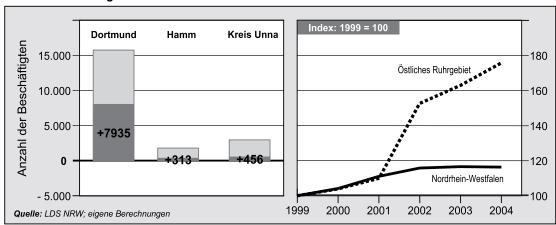
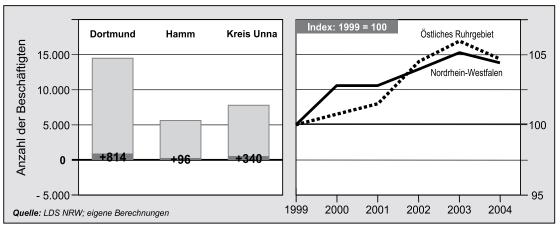


Abb. 21: Gesundheits- und Veterinärwesen



#### Sozialwesen

Das Wachstum von 11,7% auf Landesebene wurde in diesem Wirtschaftsbereich innerhalb der Östlichen Ruhrgebietes nur von Hamm (+18,6%) übertroffen. Im Kreis Unna war die Entwicklung leicht rückläufig (-2,2%), in Dortmund wurden sogar über 1.000 Arbeitsplätze abgebaut (-9,9%). Dieser Abbau fand auf einem relativ hohen Niveau von 5,7% Anteilen an den SV-Beschäftigten statt. 2004 betrug dieser Anteil noch überdurchschnittliche 5,1%, das waren 9.800 Arbeitsplätze. Im Kreis Unna sank der Anteil auf 4,6% (4.500 SV-Arbeitsplätze), in Hamm stieg der Anteil von 3,9% auf überdurchschnittliche 4,8% (2.500 SV-Arbeitsplätze). Zum Vergleich: das Landesniveau stieg von 3,9% in 1999 auf 4,5% in 2004. In Dortmund, Hamm und im Kreis Unna hat demnach eine Angleichung an das Landesniveau stattgefunden.

#### Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen

Ähnlich wie der Wirtschaftsbereich "Unternehmensbezogene Dienstleistungen" werden auch in diesem Wirtschaftsbereich unterschiedliche Einrichtungen und Branchen klassifiziert, beispielsweise verschiedene Interessenverbände und Organisationen, Unternehmen der Abfallwirtschaft, Ton- und Filmstudios, oder auch Bestattungsunternehmen. Hinter der Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich steckt ein sehr heterogenes Arbeitsplatzspektrum. Landesweit konnte ein leichter Zuwachs an SV-Arbeitsplätzen um 1,6% erzielt werden. Im Östlichen Ruhrgebiet fiel die Zahl der Arbeitsplätze nach einem leichten Zugewinn bis 2002 in 2004 wieder auf das Ausgangsniveau von 1999 mit 14.800 Arbeitsplätzen. Während der Anteil an den SV-Arbeitsplätzen in Dortmund mit 4,8% etwa dem des Landes von 4,7% entsprach, lagen die Anteile in Hamm mit 3,6% und im Kreis Unna mit 3,8% doch deutlich unter dem Landesniveau.

Abb. 22: Sozialwesen

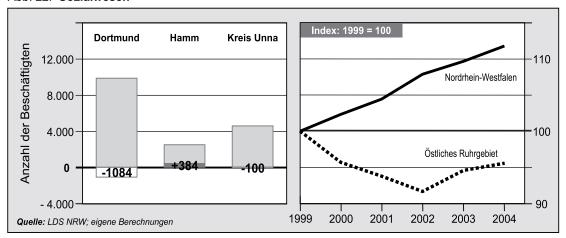
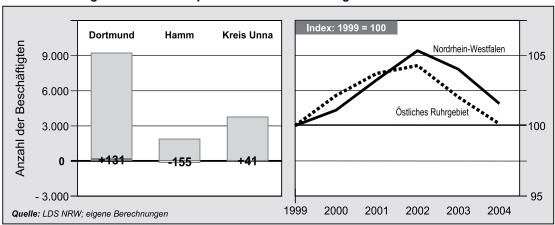


Abb. 23: Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen



## Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitbeschäftigung

## 2.1 Teilzeitbeschäftigung im Trend?

Die Beschäftigungsentwicklung der vergangenen Jahre war geprägt durch erhebliche Verluste im Bereich der Vollzeitbeschäftigung und erhebliche Zugewinne im Bereich der Teilzeitbeschäftigung. Teilzeitbeschäftigung wird unterschieden in "reguläre Teilzeit" (versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte und teilzeitbeschäftigte Beamte) und geringfügige Beschäftigung (Minijobs). Seit 1991 bis 2004 hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten insgesamt bundesweit von 5,5 Mio. auf 11 Mio. verdoppelt, 54% davon arbeiteten 2004 im Rahmen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs); die Teilzeitquote steigerte sich von 18,4% auf 32,4%. In Westdeutschland stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 5,0 Mio. in 1991 auf 9,1 Mio. in 2004. Im gleichen Zeitraum hat sich hier die Anzahl der Vollzeitstellen um 3 Mio. verringert (vergl. IAB-Forschungsbericht Nr. 2/2006, S. 15 ff).

Rein rechnerisch bedeutet dies einen Stellenzuwachs von insgesamt 1,1 Mio. Arbeitsplätzen. Gleichzeitig hat sich aber das Arbeitsvolumen in Westdeutschland um 1,8 Mrd. Stunden verringert. Die Jahresarbeitszeit sank bei den Frauen durchschnittlich von 631 auf 617 Stunden im Teilzeitbereich und von 1.582 auf 1.568 im Rahmen von Vollzeitstellen. Auch bei den Männern sank die durchschnittliche Jahresarbeitszeit im Teilzeitbereich von 494 auf 479 Stunden, jedoch auf einem sehr viel geringeren Stundenniveau. Dagegen stieg die Jahresarbeitszeit bei den Vollzeitstellen von 1.676 auf 1.727 an. Diese paradoxe Situation eines massiven Stellenabbaus bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Jahresarbeitszeit im Bereich der von Männern besetzten Vollzeitstellen verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch zusätzlich.

Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), das im Januar 2001 in Kraft trat, wurde unter anderem das Ziel verfolgt, Teilzeitarbeit zu fördern und die Diskriminierung teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/innen zu verhindern. Teilzeitbeschäftigt sind Arbeitnehmer/innen, deren wöchentliche Arbeitszeit kürzer ist, als die vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/innen (vergl. TzBfG, § 2), wobei "Vollzeit" über die jeweils geltenden Tarifverträge, Tätigkeiten und branchenübliche Regelungen definiert wird. Die in der IAB-Arbeitszeitrechnung als "reguläre Teilzeitbeschäftigte" benannten Arbeitnehmer/innen arbeiten etwas mehr als 20 Std. pro Woche, Minijobber im Durchschnitt etwas weniger als 10 Wochenstunden (IAB-Forschungsbericht Nr. 2/2006, S. 18). Reguläre Teilzeitarbeit umfasste im Jahr 2004 etwa zwei Drittel des gesamten Teilzeitarbeitsvolumens, aber mit 15,5% (von 32,4%) nur etwas weniger als die Hälfte der Gesamtzahl der Teilzeitstellen. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz hat bisher nicht zu einer zusätzlichen Ausweitung der regulären Teilzeitarbeitsplätze beigetragen. Eine wahrscheinliche Ursache dafür ist die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung, die nur 15 Monate später in Kraft trat und als konkurrierende Beschäftigungsform für die Arbeitgeber an Attraktivität gewonnen hat.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/innen Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/innen Personen in Mio Arbeitsvolumen in Mrd. Std. Arbeitsvolumen in Mrd. Std. Personen in Mio. 1992 1994 2002 2004 2002 2004 Beschäftigte Arbeitnehmer/innen Teilzeitquoten und -relationen in % Jahresarbeitszeit: Relation Teilzeit zu Vollzeit. Arbeitsvolumen in Mrd. Std. Personen Personen in Mio. Arbeitsvolumen. 1992 1994 2002 2004 2002 2004 

Quelle: IAB-Forschungsbericht Nr. 2/2006

Abb. 24: Anzahl und Arbeitsvolumen der beschäftigten Arbeitnehmer/innen in Westdeutschland

## 2.2 Die Entwicklung der Voll- und Teilzeitbeschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet

## 2.2.1 Zur Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors

Zwischen 1999 und 2004 sank die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet um 12.900 auf 283.300. Diesen Arbeitsplatzverlusten standen Zugewinne im Bereich der SV-Teilzeitbeschäftigung um 10.600 (+22,1%) auf 58.700 gegenüber. Die großen Verlierer sind die Wirtschaftszweige des sekundären Sektors. Hier sank die Zahl der SV-Vollzeitarbeitsplätze von 108.600 um 21,1% auf 85.700. Auch im Vergleich zum sekundären Sektor Nordrhein-Westfalens (-15,8%) bedeutet dies einen überdurchschnittlich hohen Vollzeitstellenabbau. Der Anstieg von weniger als 300 SV-Teilzeitarbeitsplätzen führt zwar zu einem Zuwachs von 7%, bleibt damit jedoch ebenfalls hinter der Landesentwicklung (+12%) zurück. Gleichzeitig wird die geringe Bedeutung der SV-Teilzeitstellen in diesem Sektor deutlich. Das Verhältnis von 96,6% zu 3,4% SV-Vollzeit- zu Teilzeitarbeitsplätzen hat sich auf 95,6% zu nach wie vor bescheidenen 4,5% verändert. Mit dieser Verteilung liegt das Östliche Ruhrgebiet zumindest in dieser Hinsicht genau im Landestrend.

Ein völlig anderes Bild zeigt sich in den Wirtschaftszweigen des tertiären Sektors. Im Vergleich zum Land NRW mit einem sehr geringen Stellenzuwachs im Bereich der SV-Vollzeitbeschäftigung von 0,2% kann das Östliche Ruhrgebiet mit weit überdurchschnittlichen 5,8% auf einen Gewinn von 10.600 SV-Vollzeitstellen blicken. Auch beim Zuwachs der SV-Teilzeitstellen liegt das Östliche Ruhrgebiet mit 23,4% leicht vor dem Land NRW mit 22,2%. Dies sind 10.300 SV-Teilzeitstellen mehr als noch 1999. Bei der Verteilung zwischen Vollzeit- und Teilzeitstellen hat eine Angleichung stattgefunden. 1999 lag der Anteil der Teilzeitstellen im tertiären Sektor bei 19,3% und geringfügig höher als im Landesdurchschnitt (18,3%). Dieser Wert hat sich auf 21,8% in 2004 erhöht (Land NRW: 21,5%). Insgesamt konnten diese vergleichsweise hohen Beschäftigungsgewinne die Beschäftigungsverluste, die hauptsächlich im Bereich der SV-Vollzeitstellen des sekundären Sektors entstanden sind, bei weitem nicht ausgleichen.

Im regionalen Vergleich hat sich der Kreis Unna im Bereich des sekundären Sektors weit günstiger entwikkelt als Dortmund und Hamm. Mit Verlusten in Höhe von 15% der SV-Vollzeitstellen lag der Kreis Unna noch geringfügig vor dem Land NRW, die Beschäftigungsgewinne im Bereich der SV-Teilzeitbeschäftigung lagen mit 21,1% weit über dem Landesdurchschnitt. Auch das Verhältnis zwischen SV-Vollzeit- zu Teilzeitstellen hat sich von 96,3% zu 3,7% auf 94,9% zu 5,1% vergleichsweise stärker zugunsten der SV-Teilzeitstellen verändert. Dennoch bleibt auch hier der Zuwachs von 300 SV-Teilzeitstellen bescheiden im Vergleich zum gleichzeitigen Verlust von 5.400 SV-Vollzeitstellen. Im tertiären Sektor dagegen ist die Entwicklung in Dortmund und Hamm günstiger als im Kreis Unna. Hier gab es im Bereich der SV-Vollzeitstellen jeweils Zuwächse von 6,5% (Kreis Unna: 3,5%) und auch im Bereich der SV-Teilzeitstellen mit 24,7% in Dortmund und 24,4% in Hamm (Kreis Unna: 20,4%). Eine Kehrtwende bedeutet dies nicht, denn der positiven Entwicklung im tertiären Sektor stehen bisher ungebremst hohe Beschäftigungsverluste im sekundären Sektor gegenüber.

Abb. 25: Vollzeitbeschäftigte

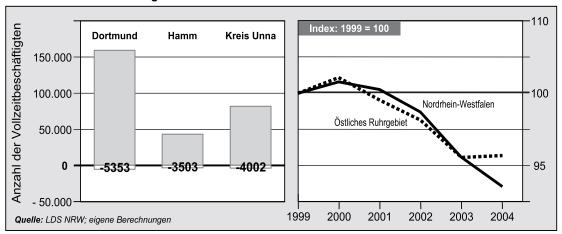


Abb. 26: Teilzeitbeschäftigte

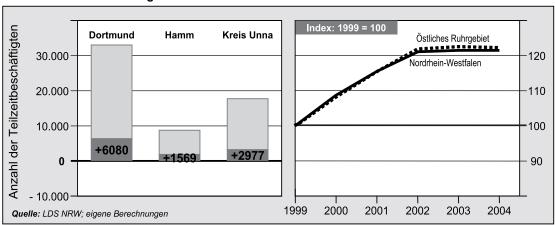
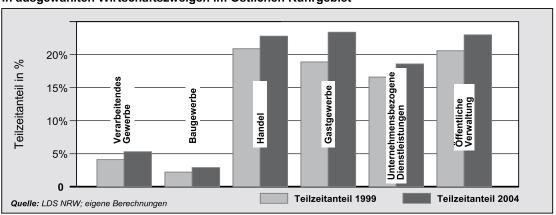


Abb. 27: Teilzeitanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftszweigen im Östlichen Ruhrgebiet



## 2.2.2 Zur Entwicklung ausgesuchter Wirtschaftszweige des sekundären Sektors

Auf eine Darstellung der Entwicklung in der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Energie- und Wasserversorgung wird an dieser Stelle verzichtet. Der Grund dafür ist die mangelhafte Datenbasis für die Stadt Hamm im Bergbau und in der Energie- und Wasserwirtschaft, hauptsächlich jedoch der geringe Anteil der SV-Teilzeitbeschäftigten in diesen Wirtschaftsbereichen. Beispielsweise arbeiteten 1999 ganze 8 von 977 Beschäftigten im Bereich Bergbau der Stadt Dortmund im Rahmen von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Hier können selbst kleine Veränderungen überproportionale Entwicklungssprünge verursachen, deren Darstellung dann irreführend wirkt.

#### Verarbeitendes Gewerbe

Auch in der Darstellung der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes macht eine stärke Ausdifferenzierung dieses Wirtschaftszweigs wenig Sinn, da der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze trotz einer Steigerung von 4,1% in 1999 auf 5,3% nach wie vor äußerst gering ist. Die Zahl dieser SV-Teilzeitarbeitsplätze stieg von 3.000 in 1999 auf 3.200 in 2004. Gleichzeitig sank die Zahl der SV-Vollzeitstellen um 13.100 auf 57.700. Dieser massive Stellenabbau von 18,5% lag darüber hinaus auch weit über dem Landesdurchschnitt von -12,9%. Dortmund ist an dieser Entwicklung mit fast 60% beteiligt, hauptsächlich verursacht durch die Arbeitsplatzverluste in der Stahlindustrie. In Dortmund konnten auch keine Zuwächse im Bereich der SV-Teilzeitarbeitsplätze erzielt werden, in Hamm fielen diese Zuwächse um 2,6% auf 480 sehr bescheiden aus. Einzig der Kreis Unna konnte mit 24,6% überdurchschnittlich hohe Zuwächse erzielen. Hier waren auch die Verluste an SV-Vollzeitstellen mit 12,1% niedriger als im Durchschnitt des Landes NRW.

#### Baugewerbe

Das Baugewerbe hat sich im Östlichen Ruhrgebiet fast exakt so entwickelt wie der Durchschnitt des Landes NRW. Die Beschäftigungsverluste im Bereich der SV-Vollzeitstellen in Höhe von 24,9% auf 19.000 in 2004 lagen geringfügig unter dem Wert des Landes (-24,1%). Die etwas positivere Entwicklung der Region im Vergleich zum Land NRW im Bereich der SV-Teilzeitstellen fand auf einem sehr niedrigen Beschäftigungsniveau statt. 1999 arbeiteten hier ebenso wie 2004 weniger als 600 Arbeitnehmer/innen. Der Anteil lag 2004 noch immer unter 3% der gesamten SV-Arbeitsplätze. Zwischen Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna gab es innerhalb dieses Zeitraums keine signifikanten Unterschiede.

Abb. 28: Verarbeitendes Gewerbe

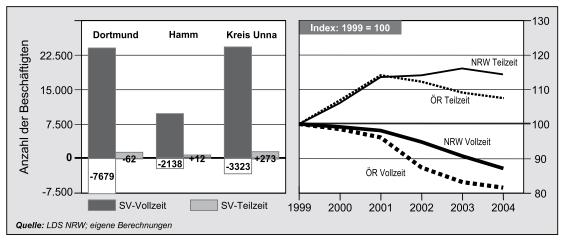
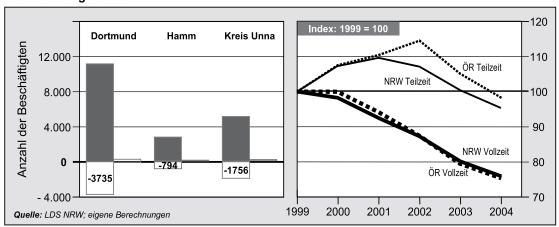


Abb. 29: Baugewerbe



## 2.2.3 Zur Entwicklung ausgesuchter Wirtschaftszweige des tertiären Sektors

### Handel

Eine deckungsgleiche Entwicklung im Bereich der SV-Vollzeitbeschäftigung und eine geringfügig unterdurchschnittliche Entwicklung im Bereich der SV-Teilzeitbeschäftigung im Vergleich zum Land NRW ist im Handel des Östlichen Ruhrgebiets zu beobachten. Hier gingen im Berichtszeitraum 7,4% oder 3.300 Vollzeitarbeitsplätze verloren. Der Stellenzuwachs im Bereich der SV-Teilzeitstellen in Höhe von 3,6% auf 12.200 Arbeitsplätze in 2004 reicht bei weitem nicht aus, um diese Verluste auszugleichen. Innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes gab es zum Teil signifikante Entwicklungsunterschiede. Dortmund hat mit einem Minus von 2.700 überdurchschnittlich viele SV-Vollzeitstellen verloren. Entgegen dem Landestrend gingen hier darüber hinaus auch SV-Teilzeitstellen verloren (-2,5%). Im Gegensatz dazu hat sich die Stellensituation im Kreis Unna günstig entwickelt. Mit 2,0% waren die Verluste im Bereich der SV-Vollzeitstellen wesentlich geringer als im Landesdurchschnitt (-7,4%) und mit einem Wachstum von 13,7% auf 4.100 SV-Teilzeitstellen lag der Kreis Unna weit über der Landesentwicklung. Zwischen Hamm und dem Land NRW gab es keine nennenswerten Unterschiede.

#### Gastgewerbe

Ein geringfügiger Stellenabbau im Bereich der SV-Vollzeitarbeitsplätze und große Zugewinne im Bereich der SV-Teilzeitarbeitsplätze prägen die Entwicklung im Gastgewerbe des Östlichen Ruhrgebietes ebenso wie die des Landes NRW. Auf Landesebene wurden zwischen 1999 und 2004 2,3% der Vollzeitarbeitsplätze abgebaut (Östliches Ruhrgebiet: -1,4%) und der Stellenzuwachs im Bereich er SV-Teilzeitbeschäftigung lag bei 31,0% (Östliches Ruhrgebiet: +29,2%). 2004 waren 23,4% der SV-Arbeitsplätze im Gastgewerbe der Region Teilzeitstellen. Die Unterschiede innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes sind aufgrund des niedrigen Zahlenniveaus nicht zu benennen. Eine Ausnahme bildet Hamm. Hier konnten entgegen dem Landestrend Zugewinne an SV-Vollzeitarbeitsplätzen verzeichnet werden.

#### Verkehr und Nachrichtenübermittlung

In diesem Wirtschaftsbereich lag das Östliche Ruhrgebiet weit über dem Landesniveau. Innerhalb dieser "Logistikregion" konnten insbesondere die Standorte Hamm und der Kreis Unna Stellenzuwächse verzeichnen. In Hamm stieg die Zahl der SV-Vollzeitbeschäftigten um 700 auf über 2.500 in 2004, in Unna gar um 1.600 auf 10.500. Dortmund blieb mit einem Wachstum von noch überdurchschnittlichen 3,6% (Land NRW: +0,3%) auf 11.800 SV-Vollzeitstellen hinter dieser Entwicklung zurück. Einen noch weitaus höheren Anstieg verzeichneten die SV-Teilzeitstellen in diesem Wirtschaftsbereich. 28,5% Wachstum im Östlichen Ruhrgebiet bedeuteten ein Plus von 600 Stellen (Land NRW: +9,5%). Mit 16,2% in Dortmund und 15,1% im Kreis Unna lagen die Wachstumsraten hier zwar deutlich über dem Landesdurchschnitt, aber auch sehr deutlich unter dem Wachstum von 91,0% in Hamm, das allerdings auf der Grundlage eines sehr geringen Ausgangsniveaus von knapp über 100 SV-Teilzeitstellen aufbaute. Der Teilzeitanteil an den SV-Arbeitsplätzen lag mit 13,4% über dem Landesdurchschnitt von 11,8%, aber weit unter dem Teilzeitanteil in anderen Dienstleistungsbereichen.

Abb. 30: Handel

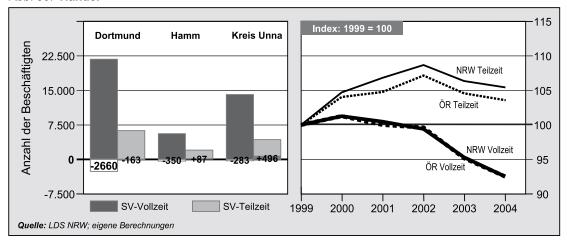


Abb. 31: Gastgewerbe

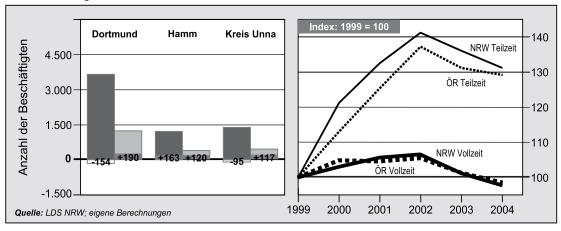
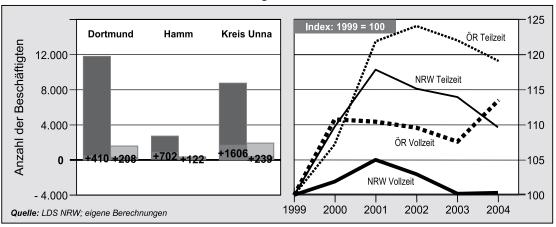


Abb. 32: Verkehr und Nachrichtenübermittlung



#### Kredit- und Versicherungsgewerbe

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe des Östlichen Ruhrgebietes stieg die Zahl der SV-Vollzeitbeschäftigten seit 1999 um überdurchschnittliche 3,8% auf 14.300 in 2004, während in diesem Bereich landesweit Stellen abgebaut wurden (-4,0%). Die Zahl der SV-Teilzeitarbeitsplätze stieg um 28,5% auf 2.500 etwa in gleichem Umfang wie landesweit (+27,0%). Träger dieser Entwicklung war Dortmund als traditionell starker Versicherungsstandort mit einem Wachstum von 7,1% auf 11.000 SV-Vollzeitstellen und zu einem geringen Anteil auch Hamm. Der Kreis Unna verzeichnete dagegen mit einem Minus von 300 SV-Vollzeitarbeitsplätzen einen überdurchschnittlich hohen Stellenabbau von 17,3%.

#### Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Gemeinsam mit der Logistikbranche ist der Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen der Wachstumsbereich der Region. Hier entstanden zwischen 1999 und 2004 über 6.600 SV-Vollzeitstellen und über 2.400 SV-Teilzeitstellen. Damit liegt das Östliche Ruhrgebiet geringfügig über dem Landestrend. In Hamm und im Kreis Unna lag der weit überdurchschnittliche Zuwachs an SV-Vollzeitstellen mit 38,5% und 42,6% (Land NRW: +17,6%) auch über dem Zuwachs an SV-Teilzeitstellen in Höhe von 19,3%, bzw. 18,0% (Land NRW: +37,1%). In Dortmund gab es eine umgekehrte Entwicklung mit unterdurchschnittlichen +14,0% im Bereich der SV-Vollzeitstellen und überdurchschnittlichen +49,5% im Bereich der SV-Teilzeitstellen. Mit 68% befanden sich mehr als zwei Drittel der SV-Vollzeitstellen des Östlichen Ruhrgebietes und fast drei Viertel (73%) der SV-Teilzeitstellen dieses Wirtschaftsbereichs in Dortmund.

#### Öffentliche Verwaltung, Exterritoriale Organisationen

Im Gegensatz zum Landestrend mit einem Stellenabbau von 5% im Bereich der SV-Vollzeitarbeitsplätze dieses Wirtschaftsbereichs sind im Östlichen Ruhrgebiet 500 SV-Stellen zusätzlich entstanden. Das bedeutet einen Stellenzuwachs von 3,6% zwischen 1999 und 2004. Im Bereich der SV-Teilzeitstellen lag die Region mit +19,4% leicht über dem Landestrend von +18,1%. Verantwortlich für diese positive Entwicklung ist Dortmund mit Stellenzuwächsen von 13,2% (SV-Vollzeit) und 32,5% (SV-Teilzeit). In Hamm sank die Zahl der SV-Vollzeitstellen um 7,1% und im Kreis Unna um 7,8%. Die Zugewinne im Bereich der SV-Teilzeitstellen fielen im Hamm mit 21,4% überdurchschnittlich hoch, im Kreis Unna dagegen mit 4,6% sehr bescheiden aus.

Abb. 33: Kredit- und Versicherungsgewerbe

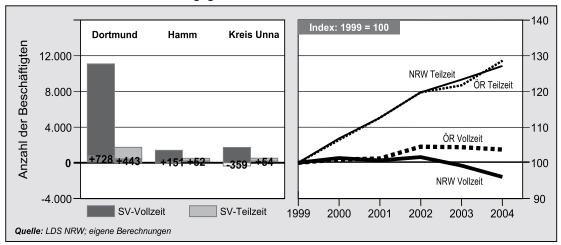


Abb. 34: Unternehmensbezogene Dienstleistungen

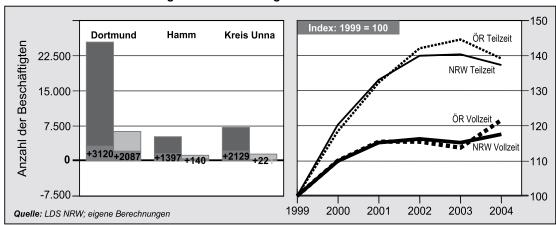
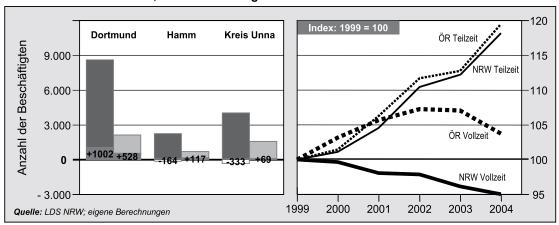


Abb. 35: Öffentliche Verw., Exterritoriale Organisationen



#### Öffentliche und private Dienstleistungen

Dieser Dienstleistungsbereich bildet eine Zusammenfassung der Wirtschaftszweige "Erziehung und Unterricht", "Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen", sowie "Sonstige Öffentliche und persönliche Dienstleistungen". Da es innerhalb dieses (vom LDS NRW zusammengefassten) Wirtschaftsbereichs erhebliche Entwicklungsunterschiede gibt, sind die Angaben nur bedingt aussagefähig. Aufgrund seiner Größe von etwa einem Viertel aller SV-Arbeitsplätze kann andererseits nicht auf eine Darstellung verzichtet werden.

Der Zugewinn von 3.600 (+6,6%) SV-Vollzeitstellen zwischen 1999 und 2004 lag weit über der Entwicklung des Landes mit einem leichten Minus von 0,4%. Im Bereich der SV-Teilzeitbeschäftigten lag die Region (+32,3%) geringfügig über dem Landestrend (+29,4%). Die Zahl der SV-Vollzeitstellen dieses Wirtschaftsbereichs stieg auf 58.400 und die der SV-Teilzeitstellen auf 21.400. Mit 26,8% ist der Teilzeitanteil an den SV-Beschäftigten ausgesprochen hoch. In einer detaillierten Darstellung der Entwicklung nur für Dortmund im Vergleich mit dem Land NRW zeichnen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen deutlich ab. Im Bereich der SV-Vollzeitstellen des Sozialwesens weicht die Entwicklung erheblich von der in NRW ab. Die Stadt Dortmund hat in diesem Beschäftigungssegment von 2000 bis 2005 22,2% oder 1.650 Stellen eingebüßt. Gleichzeitig wurden 800 SV-Teilzeitstellen geschaffen. Dennoch bleibt Dortmund auch hier hinter der Landesentwicklung zurück. Im Gegensatz dazu konnten im Dortmunder Gesundheitswesen überdurchschnittlich große Stellenzuwächse im SV-Vollzeit- und Teilzeitbereich realisiert werden.

Sozialversicherungpflichtig Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte im Östlichen Ruhrgebiet (Arbeitsort) 2004; Beschäftigungsgewinne und -verluste zwischen 1999 und 2004

Abb. 36: Öffentliche und private Dienstleistungen

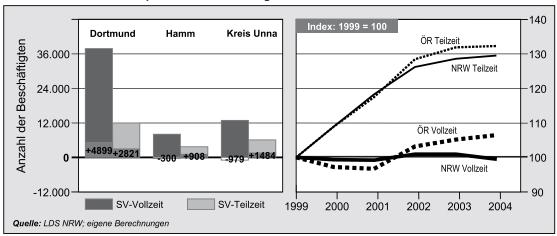
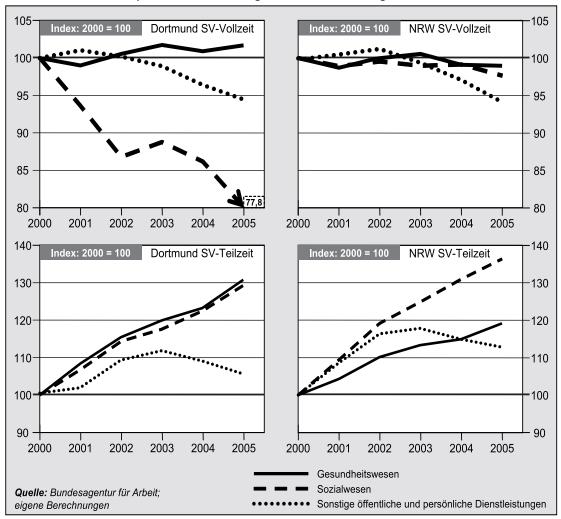


Abb. 37: Öffentliche u. private Dienstleistungen, Dortmund im Vergleich zum Land NRW



## 3. Zur Entwicklung von Minijobs

## 3.1 Minijobs: kleine Beschäftigungsverhältnisse nicht nur für die Randbelegschaft

Die Neuregelung des Abgabe- und Meldeverfahrens für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (den so genannten Minijobs) durch das "Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" vom 23.12.02 hat die frühere Regelung für 325-Euro-Jobs mit einer maximalen Wochenarbeitszeit von 15 Std. ersetzt. Mit Wirkung vom 01.04.03 gilt nur noch ein monatlicher Verdienst von 400 Euro ohne Arbeitszeitbegrenzung oder eine kurzfristige Beschäftigung von maximal zwei Monaten/Jahr oder 50 Tagen. Minijobs sind für Arbeitnehmer/innen abgabenfrei, Arbeitgeber zahlen pauschal 25% (12% Rentenversicherung, 11% Krankenversicherung, 2% Steuern), ab dem 01.07.06 30% (15%/13%/2%) und in Privathaushalten 12% (jeweils 5% Renten- und Krankenversicherung, 2% Steuern). Für Minijobs, die in Nebentätigkeit ausgeübt werden, entfällt eine Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung (sie bleiben ebenfalls abgabenfrei).

Nach Berechnungen des DIW wurden im Juni 2004 88% der Minijobs durch geringfügig entlohnte Beschäftigte besetzt, 11,1% durch kurzfristig Beschäftigte und 0,9% waren als geringfügig Beschäftigte in Privathaushalten tätig (Schupp/Birkner 2004, S.489). Die vereinfachte Regelung hat zu einer starken Zunahme der Minijobs geführt. Zwischen 2000 und 2005 stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten auf Bundesebene von 4,05 Mio. auf 4,75 Mio., in Nordrhein-Westfalen von 1,02 Mio. auf 1,20 Mio. und im Östlichen Ruhrgebiet von 62 Tsd. auf 78 Tsd. Wesentlich stärker war die Zunahme der Minijobs als Nebentätigkeiten seit Einführung der neuen Minijobregelung im Jahre 2003: um 1,75 Mio. auf Bundesebene, um 395 Tsd. auf Landesebene und um 20 Tsd. im Östlichen Ruhrgebiet.

Seit deren Einführung stehen die Minijobs als arbeitsmarktpolitisches Instrument in der Kritik. Sie sollten, so die ursprüngliche Absicht, in einer Brückenfunktion insbesondere (Langzeit-) Arbeitslosen den Weg in eine reguläre Beschäftigung ebnen, den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen und den Staatshaushalt entlasten. Bei vielen Minijobbern handelt es sich um Rentner, Ehefrauen, Schüler und Studierende, für die (ebenso wie für Beschäftigte, die einen Minijob in Nebentätigkeit ausüben) Aufstiegsmöglichkeiten in eine reguläre Beschäftigung kein existenzielles Problem darstellt. Dennoch gibt es eine große Anzahl an Minijobbern, die darauf angewiesen sind, in eine reguläre Erwerbstätigkeit zurückzukehren, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können (vergl. Brandt 2005, S. 39ff). Die Maßnahme gehe, so die Kritik, nicht nur an dem eigentlichen Ziel einer Brückenfunktion für Arbeitslose vorbei, sondern verschärfe im Gegenteil die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch Substitutionseffekte. Diese können aber nur vermutet und nicht genauer beziffert werden. "Inwieweit durch die Reform zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden oder sozialversicherungspflichtige in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sind, ist empirisch schwer zu ermitteln." (Bach 2006, S. 1)

Eine unmittelbare Folge dieser Entwicklung wäre eine stärkere Belastung der Sozialkassen. Sowohl Rentenund Sozialversicherungsträger, als auch der Staat realisieren weniger Einnahmen aufgrund der Tatsache, so die Vermutung, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, insbesondere Vollzeitstellen, durch geringfügig entlohnte Beschäftigung (Minijobs) ersetzt werden. "Für die Betriebe lohnt es sich, Selbständige und Beamte im Nebenerwerb einzustellen. Denn sind die Minijobber bereits privat versichert, spart das dem Arbeitgeber auch die Beiträge zur Krankenversicherung." (Böcklerimpuls 5/2006, S. 2) Beispielsweise sind etwa " … ein Drittel aller Beschäftigten mit einer Zweittätigkeit in ihrer Ersttätigkeit im öffentlichen Dienst beschäftigt." (Schupp/Birkner 2004, S. 495f) Das IAB schätzt die Einnahmeausfälle auf über 600 Mio. €im Jahr, das DIW beziffert die Mindereinnahmen auf ca. 1 Mrd. €(vergl. Böcklerimpuls 2006). Die Bundesknappschaft rechnete im Jahre 2003 dagegen noch mit insgesamt positiven Einnahmeeffekten. "Solange nicht deutlich ist,

in welchem Umfang zusätzliche Minijobs aus der Substitution von Schattenarbeit oder sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entstehen, können Mindereinnahmen oder Mehreinnahmen nicht exakt bestimmt werden." (Brandt 2005, S.45)

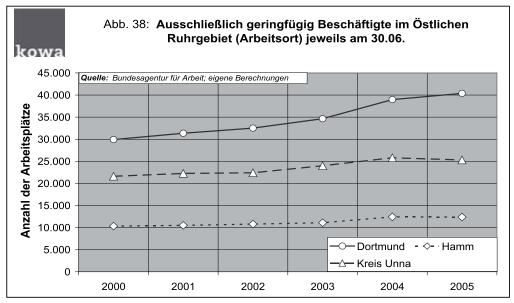
Die Bundesregierung jedenfalls hat beschlossen, die Pauschalabgabe für geringfügig entlohnte Beschäftigte am 01.07.06 von 25% auf 30% zu erhöhen und ist damit auf heftige Kritik bei den Wirtschaftsverbänden gestoßen. Sie befürchten einen Arbeitsplatzabbau im Niedriglohnbereich: "Die insgesamt viel zu hohen Lohnzusatzkosten sind eines der Haupthindernisse für die Entstehung von mehr Beschäftigung in Deutschland, und zwar gerade auch im unteren Lohnbereich." (BDA 2006, S. 5) Ähnlich argumentiert auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks mit einem Hinweis auf die hohen Lohnnebenkosten: "Geringfügig Beschäftigte sind auf Grund der hohen Arbeitgeberabgaben die teuersten Arbeitskräfte." (ZDH 2006, S. 2) Eine Erhöhung der Pauschalabgaben könne " ... Existenz bedrohende Auswirkungen für besonders personalintensive Handwerksbetriebe haben." (S. 3)

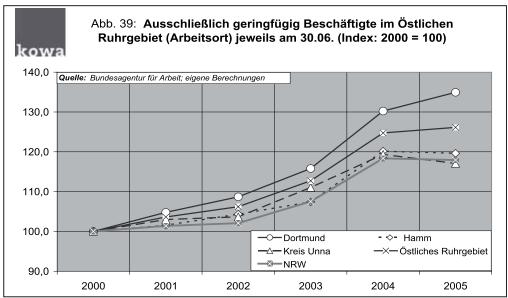
Die Hälfte aller Minijobber, so das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, erziele einen Stundenlohn von 8 € und falle damit nicht in den Niedriglohnbereich. "Nur etwas mehr als 3% arbeiten monatlich mehr als 60 Stunden in ihrem Minijob und überschreiten somit die frühere Grenze von 15 Wochenstunden." (RWI 2004, S. 5) Umgekehrt bedeutet dieses Ergebnis, dass etwa 50% der Minijobber weniger als 8 € pro Stunde verdienen und nach der Definition des RWI in den Niedriglohnbereich fallen. Das IAT rechnet in Westdeutschland mit einer Niedriglohngrenze von 9,83 € und beziffert den Niedriglohnanteil bei den Minijobbern auf 85,8 % (Kalina/Weinkopf 2006, S. 7). Unabhängig von der Qualifikation, so die Ergebnisse des IAT, werden Minijobber schlecht bezahlt. Selbst der Verdienst von Minijobbern mit Uni- oder FH-Ausbildung liege zu über 75% im Niedriglohnbereich (S. 8). Wenn Minijobber im Vergleich zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weniger verdienen, verstößt dies gegen das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Diskriminierungsverbot (TzBfG, §§ 2 u. 4). Hierauf weist insbesondere auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einem Grundsatzpapier zum Umgang mit geringfügig Beschäftigten in Tarifverträgen hin (Skrabs/Ganser 2005).

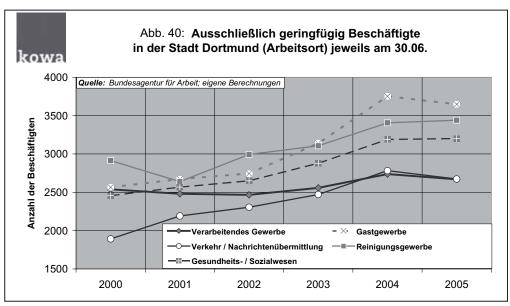
# 3.2 Zur Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung im Östlichen Ruhrgebiet

Noch stärker im Vergleich zum Land NRW und zum Bund haben sich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Östlichen Ruhrgebiet entwickelt. Diese überdurchschnittliche Zunahme ist einzig auf ein überproportional hohes Wachstum der Minijobs in Dortmund zurückzuführen. Hier stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zwischen 2000 und 2005 um 34,9% auf 40.368. Hamm mit einer Steigerung um 19,6% auf 12.373 und der Kreis Unna mit einer Steigerung um 17,1% auf 25.307 lagen dagegen etwa im Durchschnitt des Landes NRW (+17,6%). Im Bereich der Minijobs, die als Nebentätigkeit ausgeführt werden, lagen Dortmund mit 62% und Hamm mit 60% leicht über dem Wachstum des Kreises Unna mit 56,9% und dem des Landes NRW mit 56,4%. Seit dem 1. April 2003 bis zum 30. Juni 2005 hat sich im Östlichen Ruhrgebiet ein Bestand an 20.396 Nebenjobs entwickelt (Dortmund: 10.842, Hamm: 3.300, Kreis Unna: 6.254). Ebenso wie bei den Nebenjobs gab es auch bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten ein erhebliches Wachstum zwischen den Jahren 2003 und 2004. Danach hat sich die Situation etwas beruhigt und die Entwicklung ist auf einem hohen Niveau in Hamm und im Kreis Unna etwas rückläufig.

In einigen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungssektors haben sich Minijobs zu einem bedeutenden Bestandteil der Beschäftigungsstruktur entwickelt und hatten dort insbesondere seit 2003 einen erheblichen Zuwachs. Bezogen auf Dortmund stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Gastgewerbe von 2000 bis 2005 um 42,2% auf 3.648, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 41,3% auf 2.673 und im Gesundheits- und Sozialwesen um 30,3% auf 3.201. Dass die Steigerung im Verarbeitenden Gewerbe nur 5,2% (auf 2.669) betrug, kann auf die allgemeine Beschäftigungssituation dort zurückgeführt werden. Ebenso im Einzelhandel: hier betrug der Zuwachs an Minijobs "lediglich" 7,7%. Wie im Reinigungsgewerbe (+18,1%) dürfte auch hier der bereits im Jahr 2000 relativ hohe Bestand an Minijobs eine Rolle gespielt und das Ergebnis in Relation zum Ausgangsniveau stark beeinflusst haben.





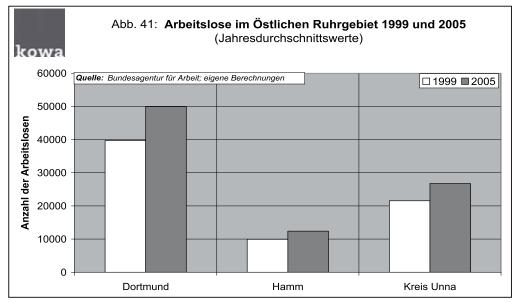


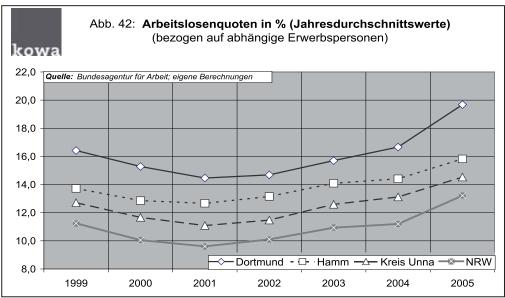
# 4. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Östlichen Ruhrgebiet

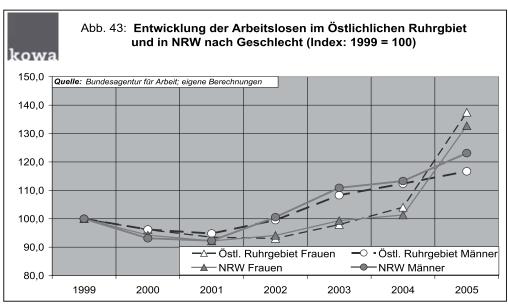
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zwischen den Jahren 1999 und 2005 lässt sich in drei Phasen darstellen. Von 1999 bis 2001 ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, im Östlichen Ruhrgebiet nicht ganz so stark wie im Landesdurchschnitt. Die Unterschiede sind allerdings gering. Eine Ausnahme bildet Hamm, deren Arbeitslosenzahlen sich in dieser ersten Phase kaum veränderten. Von 2001 an bis 2004 ist die Zahl der Arbeitslosen wieder kontinuierlich gestiegen, im Östlichen Ruhrgebiet geringfügig mehr als im Land NRW. In der Phase von 2004 bis 2005 ist dann ein signifikanter Anstieg sowohl im Östlichen Ruhrgebiet als auch in NRW zu erkennen. Bei der Darstellung dieser Zahlen ist zu beachten, dass sich im Jahre 2000 die Grundlage zur Berechnung der abhängigen Erwerbspersonen bezüglich der geringfügig Beschäftigten geändert hat. Die Folge ist ein signifikanter Anstieg der abhängigen Erwerbspersonen zwischen 1999 und 2001 als Basis für die Berechnung der Arbeitslosenquoten, die sich dadurch wiederum in Relation zu den Vorjahren verringert haben.

Die erste Phase war durch ein bescheidenes beschäftigungswirksames Wirtschaftswachstum geprägt. In dieser Phase sank die Arbeitslosenquote in Dortmund von 16,4% auf 14,5%, in Hamm von 13,7% auf 12,7% und in Unna von 12,7% auf 11,1%. Diese Quoten lagen, insbesondere in Dortmund, noch über dem Landesdurchschnitt (1999: 11,2%, 2001: 9,6%), dennoch profitierte das Ruhrgebiet fast in gleichem Maße von der Entwicklung wie das Land NRW insgesamt. Die gleiche Aussage lässt sich bezüglich des Anstiegs der Arbeitslosen von 2001 bis 2004 treffen. Der Abbau von Arbeitsplätzen traf das Östliche Ruhrgebiet in gleichem Maße wie Gesamt-NRW. Die Arbeitslosenquote stieg in diesem Zeitraum in Dortmund von 14,5% auf 16,7%, in Hamm von 12,7% auf 14,4%, im Kreis Unna von 11,1% auf 13,1% und im Vergleich dazu in NRW von 9,6% auf 11,2%. In der dritten Phase gehen die durch Hartz IV veränderten Bedingungen als Folge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab dem 01.01.2005 in die Arbeitslosenstatistik ein. In Dortmund stieg die Arbeitslosenquote auf 19,7%, in Hamm auf 15,8%, im Kreis Unna auf 14,5% und im Vergleich dazu im Landesdurchschnitt auf 13,2%.

Diese Steigerung ist im Östlichen Ruhrgebiet zu 84% auf den Anstieg arbeitslos gemeldeter Frauen zurückzuführen. Korrespondierend zu diesen Veränderungen hat sich von 2004 bis 2005 die Anzahl der Teilzeit-Arbeitssuchenden mehr als verdoppelt, wobei der Anteil der Frauen an dieser Gruppe mit 95% nach wie vor absolut dominiert. Diese Zahlen lassen den Schluss zu, dass es hauptsächlich Frauen sind, die als Folge der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze erstmalig als arbeitslos gemeldete Personen am Arbeitsmarkt und in der Arbeitslosenstatistik in Erscheinung treten. Dieser Entwicklung vorgelagert war von 2001 bis 2004 ein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied im Anstieg der Arbeitslosenzahlen zuungunsten der Männer. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen im Östlichen Ruhrgebiet um 3.000 auf 30.000, die der Männer aber um 7.400 auf über 47.500. Der Entwicklungsunterschied ist vermutlich auf den überproportional hohen Verlust der hauptsächlich von Männern besetzten industriellen SV-Vollzeitstellen zurückzuführen. Dieser Trend wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Die gesetzlichen Veränderungen mit einem signifikanten Anstieg arbeitsloser Frauen in 2005 bedeutet keinen Bruch, sondern eine Überlagerung dieser Entwicklung.







## 5. Geschlechtsspezifische Entwicklungen

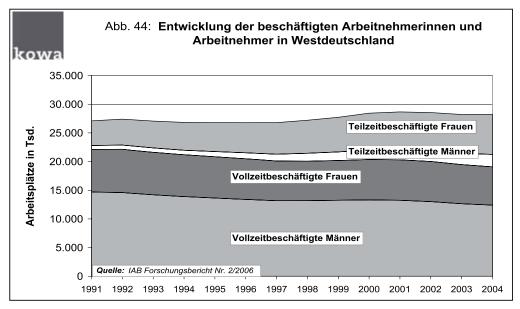
# 5.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede im Bereich der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland

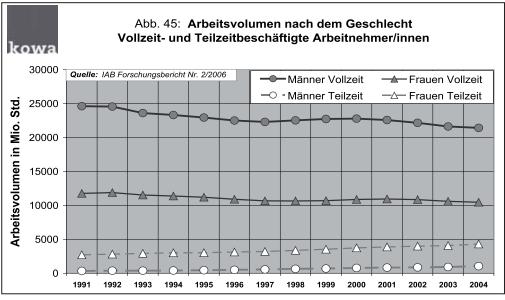
Der Verlust von über 3 Mio. Vollzeitarbeitsplätzen seit 1991 und der zeitgleiche Zugewinn an 4,2 Mio. Teilzeitarbeitsplätzen in Westdeutschland hat nicht nur zu einer massiven Verschiebung zwischen den unterschiedlichen Beschäftigungsformen geführt, sondern innerhalb der Beschäftigungsstrukturen auch die Verschiebung der Beschäftigungsanteile der Geschlechter beeinflusst. (bei diesen und den nachfolgenden Zahlenwerten handelt es sich um Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Sie beziehen sich, wenn nicht anders gekennzeichnet, auf Westdeutschland, da es zwischen den alten und neuen Bundesländern zum Teil erhebliche Entwicklungsunterschiede gibt). Die Zahl der beschäftigten Frauen (Voll- und Teilzeit) ist von 11, 7 Mio. in 1991 auf 13,6 Mio. in 2004 gestiegen, während die Zahl der beschäftigten Männer im gleichen Zeitraum von 15,4 Mio. auf 14,6 Mio. gesunken ist Hierdurch ist der Frauenanteil an allen beschäftigten Arbeitnehmer/innen von 43,3% auf 48,6% gestiegen (Wanger Nr.2/2006).

Diese Steigerung wurde hauptsächlich durch einen Anstieg der von Frauen besetzten Teilzeitstellen realisiert. Zwar ist auch der Anteil der Frauen an den Vollzeitstellen in Westdeutschland von 33,6% auf 35,0% gestiegen, aber nur deshalb, weil hier die Arbeitsplatzverluste von über 800.000 nicht ganz so hoch waren, wie die Arbeitsplatzverluste im Bereich der von Männern besetzten Vollzeitstellen! Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen stieg im genannten Zeitraum von 4,3 Mio. auf 7,0 Mio. und die der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer von 0,7 Mio. auf 2,2 Mio. Damit hat sich die Zahl der Teilzeitstellen bei den Männern von einem niedrigen Niveau aus mehr als verdreifacht. Dennoch ist die Teilzeitquote mit 14,9% noch sehr gering, während bei den Frauen mit einer Steigerung der Teilzeitquote von 36,6% auf 51,5% nun mehr als die Hälfte der von Frauen besetzten Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze sind, und immer noch werden mehr als ¾ der Teilzeitstellen von Frauen besetzt. (Teilzeitbeschäftigung beinhaltet hier sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte, teilzeitbeschäftigte Beamte und geringfügig Beschäftigte einschließlich Nebenjobs).

Anders als diese Zahlen eventuell vermuten lassen, bedeutet dies noch keine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarktgeschehen. Die Entwicklung des Arbeitsvolumens gibt Aufschluss über Veränderungs- und Substitutionseffekte. Zwischen 1991 und 2004 hat sich das Arbeitsvolumen im Bereich der Vollzeitarbeitsplätze in Westdeutschland um 4,5 Mrd. auf 31,9 Mrd. Std./Jahr verringert (Männer: -3,2 Mrd. auf 21,4 Mrd. Std., Frauen: -1,3 Mrd. auf 10,5 Mrd. Std.). Obwohl mit der Stellenzahl auch das Arbeitsvolumen im Bereich der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/innen kräftig gestiegen ist, reicht diese Steigerung nicht aus, um die Verluste im Bereich der Vollzeitstellen auszugleichen. Zwischen 1991 und 2004 stieg das Arbeitsvolumen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung bei den Männern um 0,7 Mrd. auf 1,0 Mrd. Std., bei den Frauen um 1,6 Mrd. auf 4,3 Mrd. Std. Dies bedeutet in der Summe einen Verlust von 2,2 Mrd. Arbeitsstunden! Der gestiegene Anteil der Frauen an den beschäftigten Arbeitnehmer/innen wurde weder durch eine Zunahme von Vollzeitstellen, noch durch eine Zunahme des Arbeitsvolumens erzielt, sondern durch eine erhebliche Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze auf über 50% der insgesamt von Frauen besetzten Stellen. Der Anteil der beschäftigten Arbeitnehmerinnen von 48,6% erscheint im Vergleich zum Anteil am Arbeitsvolumen von 39,9% in 2004 ernüchternd.

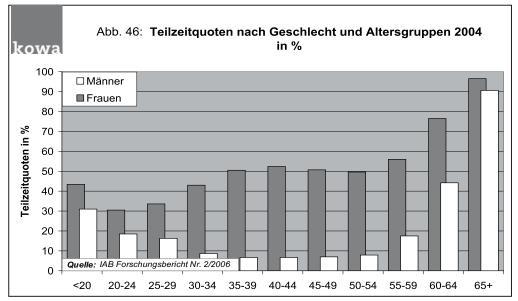
Trotz einer stärkeren Erwerbsorientierung der Frauen deutet dies auf den Fortbestand tradierter Rollenmu-

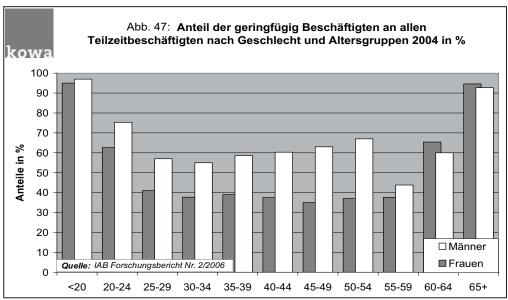




ster bezogen auf deren Beschäftigungsmöglichkeiten hin. Insbesondere in der Lebensphase ab dem 35. Lebensjahr arbeiten mehr als die Hälfte der Frauen in einem Teilzeitjob. Anders bei den Männern: sie sind bis zum 24. und dann wieder ab dem 60. Lebensjahr häufiger in Teilzeitjobs tätig (allerdings liegt selbst hier die Teilzeitquoten weit unter 50%), hauptsächlich im Rahmen geringfügiger Beschäftigung. "Viele Frauen ziehen Teilzeit zwar einer Vollzeitbeschäftigung vor, oft aber nur, weil es dazu keine Alternative gibt." (Wanger 2005, S. 4) Damit enden die Probleme aber nicht. Nach solchen Erwerbsphasen folgen noch wesentlich häufiger als bei Männern Phasen der Erwerbslosigkeit. Den Sprung in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis schaffen nur wenige. Das DIW hat verschiedene Erwerbsverläufe untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass die mit Abstand häufigste Erwerbssequenz mit 26,6% "Stille Reserve – Teilzeitarbeit – Stille Reserve" die von Frauen ist (Schäfer/Vogel 2005 S. 135).

Insbesondere die Ausweitung der Minijobs führt in Verbindung mit der Abnahme von Vollzeitstellen zu einer weiteren "geschlechtsspezifische (n) Segregation des Arbeitsmarktes" (Brandt 2005, S.40f) und zu einer Verfestigung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung mit entsprechenden Abhängigkeiten. "Fast zwei Drittel der Minijobber im Haupterwerb sind Frauen, von denen ein Großteil über den Partner versichert ist. Weil sie keine eigene Sicherheit erwerben, verfestigt sich die Abhängigkeit vom Familienernährer. Bei einer Scheidung fällt der Versicherungsschutz sogar ganz weg." (Böcklerimpuls 5/2006, S. 2) Zur Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit hat auch die Umsetzung der Hartz-Gesetze bezüglich der im Sozialgesetzbuch II verankerten Arbeitspflicht beigetragen. Ein Beleg dafür ist der signifikante Anstieg arbeitslos gemeldeter Frauen und die gestiegene Nachfrage bei den Arbeitsagenturen nach offenen Teilzeitstellen seit Einführung des ALG II am 01.01.2005.





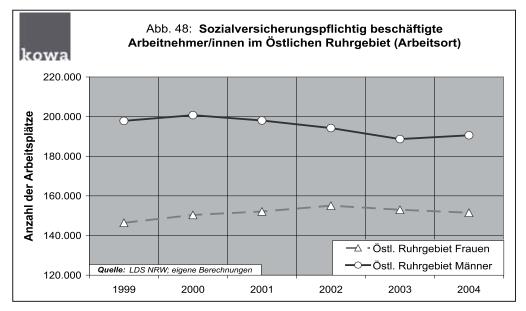
# 5.2 Geschlechtsspezifische Entwicklungen im Östlichen Ruhrgebiet

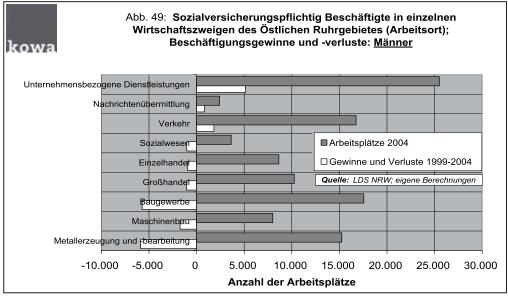
Im Östlichen Ruhrgebiet hat bei einer insgesamt sinkenden Zahl von Arbeitsplätzen eine Angleichung stattgefunden: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (Arbeitsort) ist zwischen 1995 und 2004 um über 5.100 auf ca. 151.500 gestiegen, die der SV-beschäftigten Männer dagegen um fast 7.300 auf ca. 190.500 abgesunken. Der Anteil der SV-beschäftigten Frauen steigerte sich auf 44,3% (Dortmund: 44,5%, Hamm: 43,7%, Kreis Unna: 44,2%) und lag damit über dem Durchschnitt des Landes NRW (43,1%). Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen im Östlichen Ruhrgebiet gab es eine etwas günstigere Entwicklung als im Land NRW. Die Arbeitsplatzverluste bei den Männern waren mit 3,7% im Vergleich zum Land NRW (-5,9%) geringer, der Zugewinn an Frauenarbeitsplätzen im Östlichen Ruhrgebiet lag mit 3,5% über der Entwicklung des Landes (+1,0%).

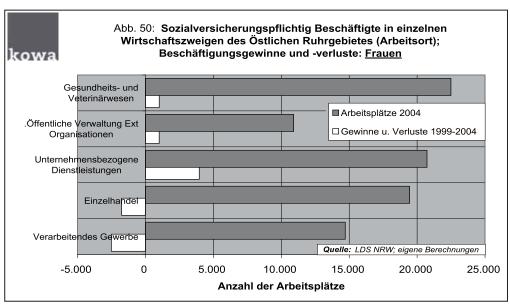
Tendenziell wurden in den Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze abgebaut, die durch einen hohen Anteil der von Männern besetzten Vollzeitstellen geprägt sind. Allein im Verarbeitenden Gewerbe gingen 10.400 der von Männern besetzten (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsplätze verloren, darunter insbesondere 5.900 Stellen im Bereich Metallerzeugung und –bearbeitung, sowie 1.700 Arbeitsplätze im Maschinenbau. Zusätzlich war das Baugewerbe mit einem Minus von 5.700 Arbeitsplätzen betroffen. Auch in einigen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs wurden durch Männer besetzte Stellen abgebaut: u.a. 2.000 Arbeitsplätze im Handel und 1.000 im Bereich Sozialwesen. Der Stellenabbau hier wurde jedoch durch Zugewinne innerhalb des Dienstleistungsbereichs, darunter Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2.700 Arbeitsplätzen, sowie insbesondere im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit 5.100 Stellen überkompensiert.

Ähnlich wie bei den Männern gingen auch bei den Frauen Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe (-2.500) und im Handel (-2.150) verloren. Insbesondere im Einzelhandel waren die Verluste von 1.750 SV- Arbeitsplätzen bei den Frauen fast doppelt so hoch wie bei den Männern (-900). Auch Frauen profitierten von der positiven Entwicklung im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Hier entstanden 4.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Darüber hinaus verzeichneten sie in den Bereichen Öffentliche Verwaltung mit 1.000 Arbeitsplätzen und Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit 1.250 auch im Vergleich zu den Männern (+200, bzw. -800) erhebliche Arbeitsplatzzugewinne.

Die hohen Arbeitsplatzverluste bei den Männern sind auf die Verluste im Bereich der Vollzeitstellen zurückzuführen. Zwischen 1999 und 2004 wurden im Östlichen Ruhrgebiet 12.850 sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze abgebaut, darunter waren 10.200 (79%) von Männern besetzt. Vom Zugewinn im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen profitierten hingegen hauptsächlich Frauen. Von den zusätzlich entstandenen 10.600 Stellen wurden 7.750 von Frauen besetzt. Das entspricht einem Anteil von 73%. Hierdurch entstand im Bereich der von Männern besetzten Stellen und insbesondere im Industrie- und Baubereich eine erhebliche Beschäftigungslücke zusätzlich zu der bereits bestehenden. Rein rechnerisch entstand bei den Frauen durch den Abbau von 2.700 Vollzeitstellen und einem Zugewinn von 7.750 Teilzeitstellen ein erheblicher Stellenzuwachs. Ob dies tatsächlich ein Gewinn ist, ließe sich aber nur durch einen Vergleich der geleisteten Arbeitsstunden und der Umrechnung der Teilzeit in Vollzeitäquivalente nachweisen. Anhand der Anzahl der Stellen lässt sich lediglich feststellen, dass die Arbeit auf mehr Köpfe verteilt wurde.

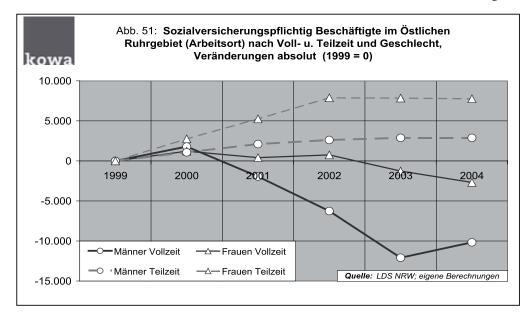


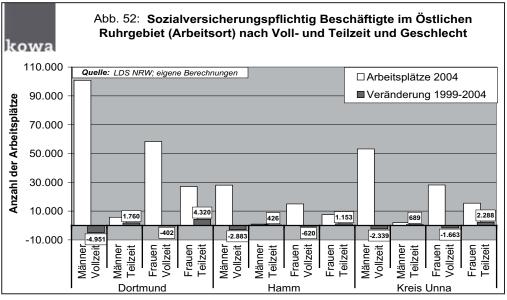


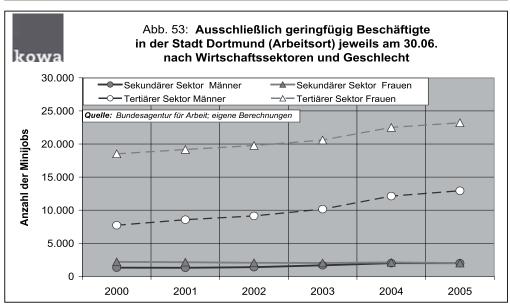


Im Vergleich zum Land NRW stellt sich die Entwicklung im Östlichen Ruhrgebiet sowohl im Bereich der von Männern, als auch der von Frauen besetzten Vollzeitstellen günstiger dar. Bei Männern gingen mit 5,3% der Vollzeitstellen (Land NRW: -7,4%) und bei Frauen mit 2,6% der Vollzeitstellen (Land NRW: -4,8%) jeweils weniger Vollzeitstellen verloren als im Landesdurchschnitt. Zu beachten ist hier die Verschiebung von Stellen zur PEAG, was das statistische Ergebnis insbesondere bei den von Männern besetzten Vollzeitstellen in Dortmund mit großer Wahrscheinlichkeit positiv beeinflusst. Im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen gab es hingegen keine signifikanten Unterschiede. Beim geschlechtsspezifischen Vergleich innerhalb des Östlichen Ruhrgebietes sind zwei größere Abweichungen zu erkennen: In Hamm gab es eine überdurchschnittlich hohe Zunahme auf 959 SV-Teilzeitarbeitsplätze (+79,9%) bei den Männern und im Kreis Unna sind die Verluste an SV-Vollzeitarbeitsplätzen mit 5,6% bei den Frauen relativ höheren als bei den Männern (-4,2%).

Im Unterschied zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich die Situation bei den Männern im Bereich der Minijobs (ohne Nebenjobs) günstiger entwickelt. Bezogen auf die Stadt Dortmund gab es im Zeitraum von 2000 bis 2005 einen Zugewinn von 5.900 Minijobs, bei den Frauen war dies ein Plus von 4.500. Damit ist der Anteil der Männer an den Minijobs von 30,4% auf 37,2% gestiegen. Auffällig an dieser Entwicklung ist die starke Zunahme im Bereich der Industrie und im Baugewerbe. Hier stieg die Zahl der Minijobs bei den Männern um über 50% auf 2.000, während die Zahl der weiblich besetzten Minijobs hier geringfügig sank (beide Entwicklungen allerdings ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau von insgesamt 3.500 Minijobs). Auch in einigen Dienstleistungsbereichen wurden Minijobs in größerer Zahl von Männern besetzt als von Frauen. Signifikante Unterschiede gab es im Handel (Männer: +382, Frauen: -63), im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Männer: +575, Frauen: +206), sowie Unternehmensbezogene Dienstleistungen (Männer: +2.896, Frauen: +2.206). Signifikante Unterschiede zugunsten der von Frauen besetzten Minijobs sind im Bereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Männer: +172, Frauen: +573), sowie im Bereich der Privaten Haushalte (Männer: +50, Frauen: +539) festzustellen.







## 6. Zur Veränderung der Beschäftigungsstrukturen

# 6.1 Entwicklung der unterschiedlichen Beschäftigungsformen

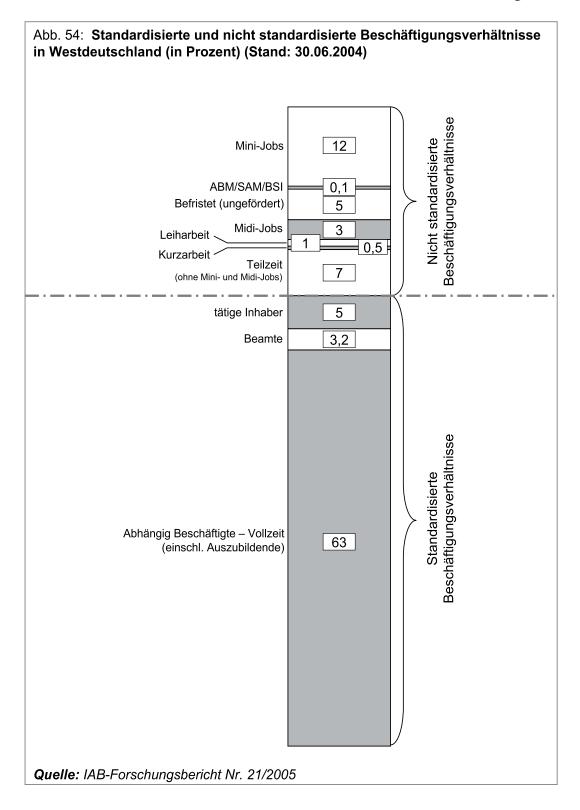
Der Anteil flexibler Arbeitsformen wächst. Dies ist kein neues Phänomen, sondern das Ergebnis einer kontinuierlichen Ausweitung flexibler Arbeitsverhältnisse. Insbesondere durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz vom 01.01.2001 und durch die Einführung der Mini- und Midijobs im Rahmen der Hartz-Reformen seit dem 01.04.2003 wird diese Entwicklung durch die Arbeitsmarktpolitik der letzten und aktuellen Bundesregierung mit dem Ziel unterstützt, die Beschäftigungsschwelle zu senken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Zur Beschreibung der Beschäftigungsformen und Darstellung der Entwicklung werden in einschlägigen Veröffentlichungen "typische" und "atypische" (WSI), "standardisierte" und "nicht standardisierte" (flexible) Beschäftigungsverhältnisse (IAB) oder "Normalarbeitsverhältnisse" und "Nicht-Normalarbeitsverhältnisse" (IWG) unterschieden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) grenzt sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte mit unbefristeten Arbeitsverträgen, vollzeitbeschäftigte Beamte und tätige Inhaber (standardisierte Arbeitsformen) von Teilzeitarbeit, Mini- und Midijobs, befristeter Beschäftigung, Leih- und Kurzarbeit, sowie ABM, SAM und anderen von der Arbeitsagentur finanziell geförderten Beschäftigungsverhältnissen als Formen nicht standardisierter Beschäftigung ab (Bellmann, Dahms, Wahse 2005, S. 35). Nach dieser Definition waren am 30.06.2004 "nur" noch 71% der Beschäftigten im Rahmen standardisierter Beschäftigungsverhältnisse tätig. Mini-Jobs und Teilzeitjobs bildeten zu diesem Zeitpunkt mit Anteilen von 12% und 7% (jeweils bezogen auf Westdeutschland) die beiden wichtigsten Beschäftigungsformen aus der Gruppe der nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnisse (vergl. auch FES 2006, S.21).

Ähnlich wie das IAB befasst sich auch das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. (IWG) mit den Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse. Hier werden jedoch Arbeitnehmer/innen in "Normalarbeitsverhältnissen" und Arbeitnehmer/innen in "Nicht-Normalarbeitsverhältnissen" unterschieden, Selbständige also nicht berücksichtigt. Ebenso wie das IAB kommt das IWG zu dem Ergebnis, dass sich in Deutschland " … immer mehr abhängig Beschäftigte in so genannten Nicht-Normalarbeitsverhältnissen (befinden), zum Beispiel geringfügiger, staatlich geförderter, Teilzeit- oder befristeter Beschäftigung. 2004 waren über 40 Prozent der Arbeitnehmer in diesen Beschäftigungsformen tätig und damit mehr als doppelt so viele wie noch in den 1970er Jahren" (IWG 2006, S. 2f). Nach dem Berechnungsmodell des IWG steigerte sich der Anteil der Mini-Jobber und der Teilzeitbeschäftigten in 2004 auf jeweils 14%.

Es gibt eine eindeutige Tendenz hin zu Minijobs und Teilzeitbeschäftigung zu Lasten von Vollzeitstellen mit z.T. erheblichen Konsequenzen für die Entwicklung der Beschäftigungsstrukturen insgesamt und die individuellen Lebenslagen der Betroffenen. So liefert die Entwicklung " … Hinweise auf massive Substitutionseffekte zwischen geringfügiger Beschäftigung und sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit." (Schupp/Birkner 2004, S.1). Bisher gibt es jedoch keine eindeutigen Nachweise für solche Substitutionseffekte. "Solange keine belastbaren Evaluationsergebnisse vorliegen, müssen die Äußerungen zu den negativen Effekten der Minijob-Regelungen als 'begründete' Vermutungen bewertet werden." (Hofmann 2004, S. 23)

Ohne Zweifel bedeutet die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen für viele Arbeitnehmer/innen eine Zunahme von Möglichkeiten zur Organisation spezifischer Lebens- und Erwerbsphasen, beispielsweise in Phasen intensiver Betreuung (von Kindern oder alten Menschen). Solche Personengruppen profitieren von der ten-



denziellen Flexibilisierung. Problematisch wird es dann, wenn ein atypisches Arbeitsverhältnis nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, oder um eine längerfristige Lebensplanung zu ermöglichen, dies von den Betroffenen aber erwünscht ist. In einer Befragung des IAB zur Ausweitung der Teilzeitarbeit wird der widersprüchliche Charakter im Bereich der Nicht-Normalarbeitsverhältnisse deutlich: "Aus höherer Flexibilität und Produktivität durch Teilzeitarbeit können sich Wettbewerbsvorteile ergeben, die ein wichtiger Faktor der Wettbewerbsfähigkeit sowie des Erfolges von Betrieben sind. Bei all den Vorzügen für die Betriebe kann sich Teilzeitarbeit für die Beschäftigten jedoch auch als Sackgasse erweisen: Für Karriere, Einkommen und soziale Absicherung ist Teilzeit ein Risikofaktor. Jedoch fördert sie die Partizipationschancen – insbesondere von Frauen – am Erwerbsleben." (Wanger Nr.7/2006, S.6)

Auch das IWG weist auf die Probleme der gegenwärtigen Entwicklung hin: "Nicht-Normbeschäftigte erzielen tendenziell geringere Löhne, erwerben niedrigere Transferansprüche und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Überdurchschnittlich oft sind sie jung und/oder weiblich. Zwar wählen einige Nicht-Normarbeitsverhältnisse bewusst, etwa um Beruf und Kindererziehung besser vereinbaren zu können. Vor allem Berufseinsteiger und –rückkehrer(innen) akzeptieren sie meist wegen fehlender Alternativen." (IWG 2006, S. 2)

Zwischen den bekannten Polen der Erwerbsbeteiligung, stabile Beschäftigung auf der einen Seite und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt auf der anderen Seite, schiebt sich als neue Form die unsichere Erwerbsbeteiligung. Diese Zone ist gekennzeichnet durch:

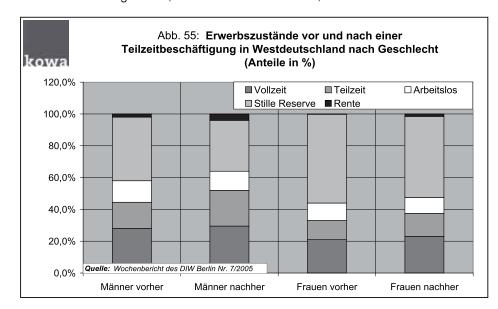
- "Häufigere Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen und Beschäftigungslosigkeit, wobei letztere im Erwerbsverlauf dominiert
- Längere bzw. häufigere Zeiten in nicht standardisierten Erwerbsformen
- Längerer oder häufiger Bezug von Lohnersatzleistungen bzw. Lohnergänzungsleistungen" (P.Bartelheimer 2005, S. 9)

"Bei anhaltender Unterbeschäftigung und Schließungstendenzen am Arbeitsmarkt können … große Gruppen von Erwerbspersonen ihre Erwerbsbeteiligung nicht im gewünschten Umfang realisieren oder werden ganz von Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Gleichzeitig erodieren soziale Normierungen und Sicherungen abhängiger Arbeit." (P.Bartelheimer 2005, S. 7; vergl. auch Böcklerimpuls 16/2005, S. 4f)

Wie hoch die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen den unterschiedlichen Erwerbs- oder Nichterwerbsformen und einer Teilzeitbeschäftigung sind, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) untersucht. Danach erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, das Erwerbsleben im Anschluss an eine Teilzeitbeschäftigung im Rahmen einer Vollzeitstelle fortzusetzen, nur geringfügig. Interessant sind in diesem Zusammenhang die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Bei Männern erfolgt nach einer Teilzeitbeschäftigung der Einstieg in eine Vollzeit-, aber auch in eine Teilzeitbeschäftigung wesentlich häufiger als bei Frauen. Aber selbst bei den Männern folgt nach einer Teilzeitbeschäftigung, wie in den anderen Erwerbssequenzen auch, am häufigsten der Gang in die Stille Reserve. Eine signifikante Verbesserung der Arbeitsmarktchancen ist nach dieser Untersuchung nur im Bereich der Teilzeit bei den Männern festzustellen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass in der Untersuchung unter Teilzeitbeschäftigung sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte (Minijobs) zusammengefasst wurden (Schäfer/Vogel 2005).

Die Frage nach einer Entlastung des Arbeitsmarktes und den veränderten Chancen von Arbeitslosen als Folge der Einführung von Minijobs beantworten Schupp/Birkner ein Jahr danach eindeutig negativ: "Arbeitslose

profitierten bislang nicht unmittelbar von den Minijobs: Auch wenn die Chancen von Arbeitslosen gestiegen sind, einen solchen Job zu bekommen, so sank doch gleichzeitig der Anteil der Personen mit einer regulären Teil- oder Vollzeitbeschäftigung." (Schupp/Birkner 2004, S. 497) Diese Einschätzung wurde Anfang des Jahres 2006 durch einen Bericht der Bundesregierung über die Wirksamkeit der Arbeitsmarktreformen bestätigt: "Aus der Evaluation ergibt sich, dass der Zuwachs von 1,8 Mio. Mini-Jobber/innen bis Juni 2005 auf die Reform zu-



rückzuführen ist. Allerdings ist mit dieser Beschäftigungsform für Arbeitslose keine Brücke in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entstanden." (Bericht der Bundesregierung 2006, S.xx)

Aus der Entwicklung wird deutlich, dass die Zunahme bei den Minijobs hauptsächlich in den Jahren 2003 und 2004 stattfand und dann bis März 2006 in

einem relativ geringeren Umfang. Zwischen 2004 und dem 1. Quartal 2006 fiel die Steigerung nach Angaben der Minijobzentrale mit 100.000 eher bescheiden im Vergleich zu den Vorjahren aus (Minijob-Zentrale 2006, S. 17). Dies könnte darauf hindeuten, dass Verdrängungsprozesse mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung vorerst stagnieren. Dennoch besteht nach wie vor die Gefahr eines Trends zugunsten atypischer Beschäftigungsverhältnisse. "Die Folge: Immer weniger regulär Beschäftigte müssen die Sozialsysteme finanzieren. Also steigen die Beiträge, reguläre Arbeit wird immer teuer – und deshalb zusehends durch andere Beschäftigungsformen ersetzt. Ein Teufelskreis." (Meyer-Timpe 2005) Auch der Anteil anderer atypischer Beschäftigungsformen wie Zeit- oder Leiharbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse steigt tendenziell.

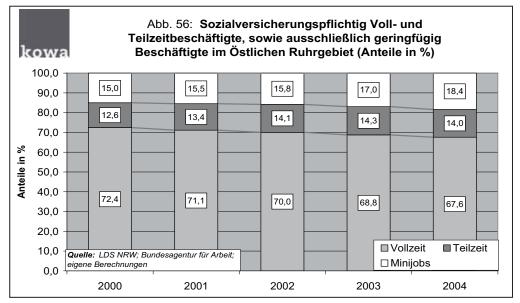
# 6.2 Zur Veränderung der Beschäftigungsstrukturen im Östlichen Ruhrgebiet

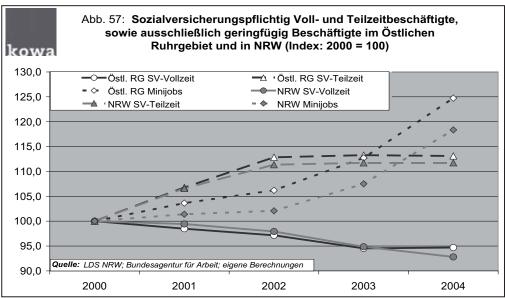
Im Vergleich zum Land NRW entwickelten sich die Beschäftigungsverhältnisse im Östlichen Ruhrgebiet im Zeitraum von 2000 bis 2004 günstiger. Dem Verlust von ca. 15.900 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen stand ein Gewinn von 6.800 sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen, sowie von über 15.300 Stellen im Bereich der ausschließlich geringfügig Beschäftigten gegenüber. In der Summe bedeutet dies einen Stellenzuwachs von 6.200 oder 1,5%. Landesweit konnte der Verlust von 368.000 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen durch sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen (+93.000) und Minijobs (+187.000) numerisch nicht ausgeglichen werden. Im Östlichen Ruhrgebiet gingen prozentual geringfügig weniger Vollzeitstellen verloren und es entstanden prozentual erheblich mehr Minijobs im Vergleich zum Land NRW, während die Stellengewinne im Bereich der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten fast exakt dem Landestrend entsprachen. Die günstigere Entwicklung im Östlichen Ruhrgebiet bedeutet aber lediglich, dass die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe verteilt wurde. Es ist zu vermuten, dass sich das Arbeitsvolumen in diesem Zeitraum ebenso wie in Westdeutschland nicht erhöht, sondern trotz dieses vordergründig positiven Trends im Gegenteil noch verringert hat.

Im Vergleich der Anteile untereinander ist ebenfalls ein eindeutiger Trend zu erkennen. Der Anteil der SV-Vollzeitstellen sank zugunsten des Anteils an Teilzeitstellen. Im Vergleich der Teilzeitstellen untereinander stieg der Anteil der Minijobs, nicht aber der Anteil der SV-Teilzeitstellen. Im Ergebnis steigt also der Anteil der Minijobs zuungunsten der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen. Dieses "Muster" (SV-Vollzeit/SV-Teilzeit/Minijobs) wird nicht nur durch den überdurchschnittlich hohen Anteil der Beschäftigten in Dortmund (-9.000/+3.600/+9.000) geprägt, sondern ist ebenso im Kreis Unna (-4.500/+2.000/+4.200) und in Hamm (-2.300/+1.100/+2.100) festzustellen. Allerdings ist der Anteil der Minijobs im Kreis Unna mit 20,7% und in Hamm mit 19,4% im Vergleich der oben genannten Beschäftigungsformen untereinander wesentlich höher als in Dortmund mit 16,9%.

Die Verschiebung der Beschäftigungsformen untereinander wird sehr stark geprägt durch die Arbeitsplatzverluste im Bergbau, im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Bereich der Energie- und Wasserversorgung. Diese Wirtschaftszweige zeichnen sich durch einen hohen Männeranteil und, korrespondierend
dazu, durch einen hohen Anteil an sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen aus. Die Strukturveränderungen des Östlichen Ruhrgebietes haben aufgrund der erheblichen Arbeitsplatzverluste im industriellen Sektor
nicht nur zu einem überdurchschnittlich hohen Dienstleistungsanteil geführt, sondern sie haben darüber hinaus die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zulasten von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen
begünstigt.

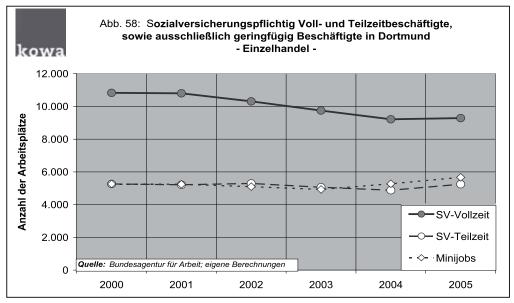
Im industriellen Bereich entstanden kaum sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze oder Minijobs, obwohl ihr Anteil auch hier insgesamt stieg. Beispielsweise gingen im Verarbeitenden Gewerbe in Dortmund von 2000 bis 2005 etwa 7.800 Arbeitsplätze verloren. Diese waren fast ausschließlich Vollzeitstellen, während sich die Anzahl der versicherungspflichtigen Teilzeitstellen und Minijobs im gleichen Zeitraum kaum veränderte. Im Dortmunder Baugewerbe gingen im gleichen Zeitraum über 4.800 Vollzeitstellen verloren (-31,9%), während dort 350 zusätzliche Minijobs entstanden. Im Bergbau und im Bereich der Energie- und Wasserversorgung gab es ähnliche Entwicklungen, allerdings auf einem wesentlich geringeren Beschäftigungsniveau.

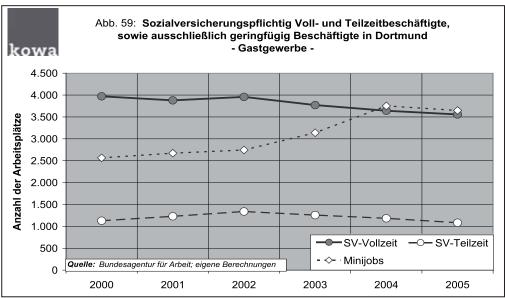


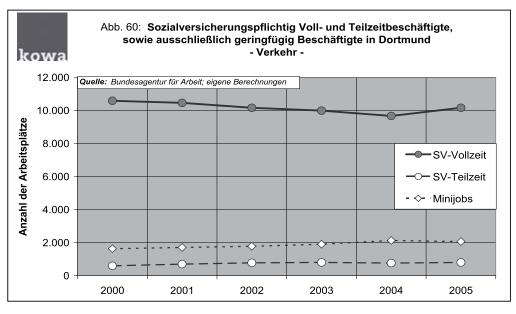


Die Änderungen der Beschäftigungsstrukturen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen im Dienstleistungsbereich sind zum Teil sehr unterschiedlich. Um diese Unterschiede zu verdeutlichen, soll die Entwicklung in sechs Wirtschaftsbereichen in Dortmund vom Jahr 2000 bis 2005 dargestellt werden (die Prozentangaben geben die Verhältnisse zwischen sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitstellen, sowie Stellen im Bereich der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung oder auch Minijobs an, beziehen sich also ausschließlich auf diese drei Beschäftigungsformen):

- » Im Einzelhandel sank die Zahl der Vollzeitstellen bis 2004, dann fand hier bis 2005 ein behutsamer Stellenzuwachs statt. Insgesamt gingen von 2000 bis 2005 1.544 von 10.830 Vollzeitstellen verloren (- 14,3%). Während sich die Zahl der SV-Teilzeitstellen kaum veränderte, stieg die Anzahl der Minijobs insbesondere seit dem Jahr 2003 um 405 auf 5.668.
- » Im Gastgewerbe stieg die Anzahl der Minijobs um 42,2% und überstieg bereits im Jahr 2004 die Anzahl der Vollzeitstellen. 2005 wurden hier 3.557 Vollzeitarbeitsplätze und 3.648 Minijobs registriert. Die Anzahl der SV-Teilzeitbeschäftigten stieg bis 2002 auf 1339 an und sank dann im Jahr 2005 mit 1.083 Stellen unter das Niveau des Jahres 2000 ab.
- » Von dem überdurchschnittlich hohen Wachstum im Verkehrsbereich (Logistik) der Region Östliches Ruhrgebiet konnte Dortmund nicht profitieren. Hier sank die Anzahl der SV-Vollzeitstellen geringfügig um 4% auf 10.163 in 2005. Die Zugewinne im Bereich der SV-Teilzeitstellen sind etwa halb so groß wie im Bereich der Minijobs, entwickelten sich aber auch von einem wesentlich niedrigeren Sockel aus. Der Anteil der SV-Teilzeitstellen war mit 6,1% in 2005 immer noch relativ gering. Minijobs hatten im Verkehrsbereich mit einem Anteil von 15,9% eine wesentlich größere Bedeutung als SV-Teilzeitstellen. Ihre Zahl stieg von 1.634 in 2000 auf 2.068 in 2005.
- » Im Kredit und Versicherungsgewerbe war der Stellenzuwachs im Bereich der Vollzeitstellen (+501) geringfügig niedriger als der der SV-Teilzeitstellen (+530). Der Anteil der SV-Teilzeitstellen hat sich zwar von 11,6 % auf 14,7 % erhöht, ist damit aber gemessen an anderen Dienstleistungsbereichen nach wie vor relativ gering. Die Anzahl der Minijobs hat sich auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau von 2,6 % in dem angegebenen Zeitraum kaum verändert (im Dienstleistungsbereich wird deren Anteil nur in der öffentlichen Verwaltung unterboten). Durch die neuesten Stilllegungs- und Rationalisierungspläne der Branche sind trotz Rekordgewinnen 950 Stellen am Standort Dortmund (davon vermutlich ein großer Anteil Vollzeitstellen) akut gefährdet!
- » Der Anteil an Minijobs war im Reinigungsgewerbe bereits im Jahr 2000 mit 45,6 % die häufigste Beschäftigungsform. Dieser Anteil hat sich bis zum Jahr 2005 mit 47,0 % zwar nur geringfügig erhöht. Dies bedeutete bei einem insgesamt signifikanten Stellenzuwachs jedoch eine Steigerung um 527 Stellen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Vollzeitstellen nur geringfügig verändert. Auch die Anzahl der SV-Teilzeitstellen hat zwischen den Jahren 2000 und 2005 zugenommen. Nach einem deutlichen Anstieg bis 2003 ist danach aber ein deutlicher Rückgang (ca. 400 Stellen) zu verzeichnen.
- » Der Abbau von SV-Vollzeitstellen im Bereich Sozialwesen in Dortmund fand zwischen den Jahren 2000 und 2002 und dann noch einmal zwischen 2004 und 2005 statt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 1.651 Stellen abgebaut (-22,2%). Die gleichzeitige Zunahme von 806 auf 3.582 SV-Teilzeitstellen in 2005 deutet darauf hin, dass ein Teil der Vollzeitstellen im Rahmen von sozialversicherungspflichtiger Beschäf-



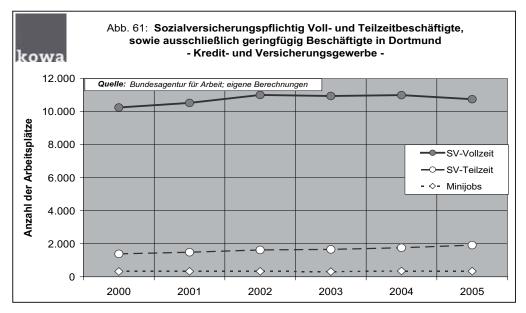


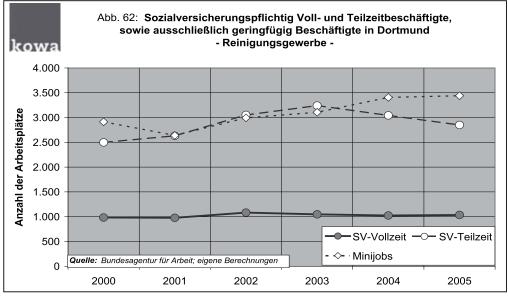


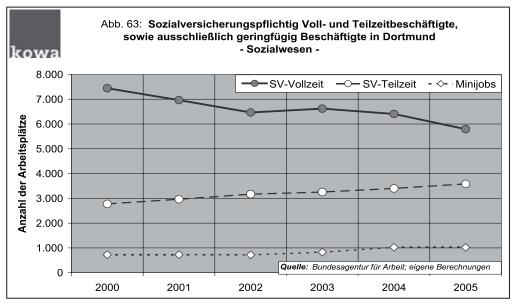
tigung in Teilzeitstellen umgewandelt wurden. Die Zunahme im Bereich der Minijobs fiel mit 291 Stellen auf 1.019 Stellen wesentlich bescheidener aus.

Um Verschiebungen zwischen den Beschäftigungsformen erkennen, quantifizieren und bewerten zu können, müssen einzelne Wirtschaftszweige differenzierter betrachtet werden. Eindeutig gegenläufig war die Entwicklung im Gastgewerbe zwischen den sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen und den Minijobs sowie im Reinigungsgewerbe in den Jahren von 2003 bis 2005 zwischen den sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen und den Minijobs. In beiden Fällen kann die Aussage getroffen werden, dass ein Beschäftigungszuwachs zugunsten der Minijobs stattgefunden hat. Aus den Zahlenangaben ist nicht herauszulesen, ob sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entlassen und dafür Minijobber eingestellt wurden. Dies ist in Branchen mit einer hohen Fluktuation wie dem Gastgewerbe auch nicht notwendig. Es reicht bereits aus, bei einem Stellenwechsel SV-Vollzeit oder –Teilzeitstellen aufzuteilen und durch Minijobs zu ersetzen.

Substitutionseffekte sind ohnehin schwer nachzuweisen. Generell zeichnet sich in allen Branchen eine tendenzielle Verschiebung von standardisierten - und hier insbesondere sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen - zu nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnissen ab. Gegenwärtig gibt es keine Hinweise darauf, dass sich an dieser Situation etwas ändern könnte. Wie sich die Erhöhung der Pauschalabgabe von 25% auf 30% bei den Minijobs auswirkt, bleibt abzuwarten. Deutlich abzulesen ist ein Trend des Abbaus von SV-Vollzeitstellen im sekundären Sektor, ein gemäßigter Aufbau von SV-Teilzeitstellen und eine deutliche Zunahme von Minijobs im tertiären Sektor. Vom Vollzeitstellenabbau im sekundären Sektor sind mehrheitlich Männer betroffen, vom Teilzeitstellenaufbau im tertiären Sektor profitierten insbesondere Frauen. Es wird deutlich, dass es zwischen dem Abbau von SV-Vollzeitstellen und der Schaffung von Teilzeitstellen generell keine Substitutionseffekte geben kann, wenn der Stellenaufbau in ganz anderen Branchen stattfindet als der Stellenabbau. Lediglich dort, wo beides in größerem Maße geschieht, sind Substitutionseffekte möglich und teilweise auch sehr wahrscheinlich. Dies ließe sich nur durch detaillierte Analysen nachweisen. Die Ergebnisse zeigen auch, dass Frauen, obwohl ihr Anteil an den Beschäftigten den der Männer fast erreicht hat, den Männern nicht die Arbeit, hier: die Vollzeitstellen im sekundären Sektor, weggenommen haben. Geschlechtsspezifische Konkurrenzen um Arbeitsplätze steigen in dem Maße, wie sich geschlechtsspezifische Anteile erhöhen und eine geschlechtsspezifische Angleichung der Arbeitsverhältnisse stattfindet. Angesichts der ungleichen Verteilung bei den Vollzeitstellen zugunsten der Männer und bei den Teilzeitstellen zugunsten der Frauen kann gegenwärtig jedoch nur von einer stark eingeschränkten geschlechtspezifischen Konkurrenz um Arbeitsplätze gesprochen werden. Durch die Zunahme der von Männern besetzten Minijobs entsteht hier eher eine Situation, in der Männer den Frauen Arbeitsplätze streitig machen.







## Zusammenfassung

Die Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre wurde durch einen erneuten Zuwachs an versicherungspflichtigen (SV-) Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor und einem Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Baugewerbe geprägt. Ebenso wie im Land NRW steigerte sich der Anteil des sekundären Sektors in Hamm und im Kreis Unna auf etwa 2/3 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, während der Anteil des tertiären Sektors auf ca. 1/3 schrumpfte (die Land- und Forstwirtschaft spielt mit einem Anteil von unter 1% eine sehr geringe Rolle). Abweichend von dieser Entwicklung hat sich der Dienstleistungsbereich in Dortmund auf einem weit über dem Landesdurchschnitt liegenden Niveau von 71,8% in 1999 auf 78,5% in 2004 gesteigert. Dies ist einerseits auf eine erhebliche Schwäche des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen, andererseits konnte Dortmund durch die überdurchschnittlich hohen Arbeitsplatzgewinne im tertiären Sektor seine Bedeutung als Dienstleistungsstandort festigen.

Bis auf eine Ausnahme sind im sekundären Sektor des Östlichen Ruhrgebietes mehr SV-Arbeitsplätze abgebaut worden als im Landesdurchschnitt. Lediglich in der Chemischen Industrie gab es entgegen dem Landestrend Stellenzuwächse, die sich allerdings ausschließlich auf den Standort (Kreis) Unna konzentrierten. Im Dienstleistungssektor verzeichnete das Östliche Ruhrgebiet bis auf die Bereiche Sozialwesen sowie öffentliche und persönliche Dienstleistungen überdurchschnittliche Stellenzuwächse. Im Sozialwesen gingen entgegen dem Landestrend SV-Stellen verloren, im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen waren die Stellenzuwächse unterdurchschnittlich hoch. Abweichend von der allgemein positiven Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich gingen im Handel Arbeitsplätze verloren, im Östlichen Ruhrgebiet mehr als im Durchschnitt des Landes NRW.

Die Zahl der SV-Vollzeitstellen sank von 1999 bis 2004 um 12.900 auf 283.300, die Zahl der SV-Teilzeitstellen stieg in diesem Zeitraum um 10.600 auf 58.700. In den Bereichen, in denen Arbeitsplätze abgebaut wurden, ging dies fast ausnahmslos zu Lasten der versicherungspflichtigen Vollzeitstellen. Davon betroffen waren in erster Linie Arbeitsplätze in der Industrie und im Baugewerbe. Die bescheidenen Zugewinne an SV-Teilzeitarbeitsplätzen in diesen Wirtschaftsbereichen trugen aufgrund ihres ausgesprochen niedrigen Anteils hier kaum zur Verbesserung des Gesamtergebnisses bei. Die positive Entwicklung im Dienstleistungsbereich wurde hauptsächlich getragen vom Gewinn an SV-Teilzeitarbeitsplätzen. Bis auf den Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen gab es kaum Zuwächse an SV-Vollzeitstellen. Im Unterschied zum Landestrend entwickelte sich im Östlichen Ruhrgebiet jedoch ein signifikantes Plus an SV-Vollzeitstellen in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Öffentliche Verwaltung und exterritoriale Organisationen.

Insbesondere nach der Einführung der vereinfachten Regelung für Minijobs (geringfügige Beschäftigung) hat sich die Zahl der Minijobber landesweit ebenso wie im Östlichen Ruhrgebiet erheblich vergrößert. Im Jahr 2005 gab es in der Region 78.000 ausschließlich geringfügig beschäftigte Minijobber und über 20.000 Minijobber in Nebentätigkeitsverhältnissen. Der Zuwachs in Hamm und im Kreis Unna an ausschließlich geringfügig Beschäftigten lag im Landesdurchschnitt (+17,6%), in Dortmund stieg deren Anzahl um weit überdurchschnittliche 34,9% auf über 40.000 an. Diese hohen Zuwächse fanden zwischen den Jahren 2003 und 2004 statt. Zwischen 2004 und 2005 stagnierte die Entwicklung.

Im geschlechtsspezifischen Vergleich haben die Frauen aufgeholt. Ihr Anteil an den SV-Arbeitsplätzen im

Östlichen Ruhrgebiet stieg auf 44,3% in 2004. Während bei den Frauen in den Jahren von 1999 bis 2004 ein Zugewinn von 5.100 SV-Arbeitsplätzen verzeichnet werden konnte, ist die Zahl der von Männern besetzten SV-Stellen um 7.300 gesunken. Diese Entwicklung korrespondiert mit der sektoralen Entwicklung. Denn die Verluste an SV-Vollzeitstellen im sekundären Sektor trafen hauptsächlich die Männer, während die Frauen von den Zugewinnen an SV-Teilzeitarbeitsplätzen im Dienstleistungssektor profitierten. Mit dieser Entwicklung ist eine zunehmende Konkurrenz zwischen Männern und Frauen um Teilzeitarbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Denn immer mehr Männer besetzen aus Mangel an Alternativen im Bereich der SV-Vollzeitstellen im sekundären Bereich nun Teilzeitstellen im Dienstleistungsbereich. Ein Beleg für diese Entwicklung ist auch die hohe Steigerung der männlichen Minijobber im Bereich der ausschließlich geringfügien Beschäftigung. Ihre Zahl stieg in Dortmund von 2000 bis 2005 um 5.900 auf 15.100, die der Frauen im gleichen Zeitraum nur um 4.500 auf 25.300.

Zwischen SV-Vollzeitstellen, SV-Teilzeitstellen und Minijobs fanden eindeutige Verschiebungen zulasten der SV-Vollzeitstellen statt. Selbst in den Bereichen, in denen auch SV-Teilzeitstellen abgebaut wurden (verarbeitendes Gewerbe und Handel), geschah dies in weit geringerem Maße als bei den SV-Vollzeitstellen. Noch größer als bei den SV-Teilzeitstellen (+13,1%) waren die Zuwächse im Bereich der Minijobs (+24,7%) im Östlichen Ruhrgebiet bezogen auf den Zeitraum von 2000 bis 2004. Die Frage nach der Umwandlung von SV-Vollzeitstellen in SV-Teilzeitstellen und/oder Minijobs kann nicht eindeutig beantwortet werden, da sich die Entwicklung innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbereiche stark unterscheidet. Dort, wo SV-Vollzeitstellen abgebaut wurden und gleichzeitig SV-Teilzeitstellen und/oder Minijobs in ähnlichem Umfang entstanden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass SV-Vollzeitstellen geteilt und durch Teilzeitstellen ersetzt wurden (z.B. im Gastgewerbe). Es ist außerdem zu vermuten, dass solche Substitutionseffekte im Zusammenhang mit Stellenneubesetzungen stattfanden. Ob es auch Fälle von Stellenumwandlungen zulasten von SV-Vollzeitstellen im Rahmen bereits bestehender Arbeitsverhältnisse gegeben hat, lässt sich aus statistischen Daten nicht herauslesen, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Ohne Zweifel sind die Chancen auf eine "normale" sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle gesunken, und es besteht zunehmend auch für Männer die Notwendigkeit, auf Teilzeitstellen auszuweichen. Die Politik der Verteilung der Arbeit auf mehrere Köpfe hat im Berichtszeitraum dennoch nicht zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes geführt. Nach wie vor besteht im Östlichen Ruhrgebiet ein hoher Sockel an Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquoten haben sich (auch bedingt durch das geänderte Meldeverfahren seit Januar 2005) weiter erhöht. Sie lagen mit 19,7% in Dortmund, mit 15,8% in Hamm und mit 14,5% in Unna nach wie vor zum Teil weit über dem Landesdurchschnitt von 13,2% (jeweils bezogen auf den 30.06.2005). Angesichts dieser Entwicklung kann kaum von einer Verbesserung der Beschäftigungssituation, sondern bestenfalls von einer Stagnation und der Hoffnung gesprochen werden, dass sich, da der Abstand des Östlichen Ruhrgebietes zum Land NRW etwas verringert werden konnte, in den nächsten Jahren eine bescheidene Trendwende abzeichnet.

## Literatur

Ada, Holger/ Bellmann, Lutz: Betriebliche Personal- und Beschäftigungspolitik zwischen Flexibilität und Stabilität, WSI-Mitteilungen (05/2004), S.255 – 261

Alda, Holger/ Hauss, Friedrich/ Land, Rainer/ Willisch, Andreas: Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus, Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2, S.70 ff

AOK-Bundesverband u.a.: Richtlinien für die versicherungsrechtliche Beurteilung von geringfügigen Beschäftigungen (Geringfügigkeits-Richtlinien) v. 25.02.2003

Bach, H.-U./ Gaggermeier, Ch./ Kettner, A./ Rothe, Th./ Spitznagel, E./ Wanger, S.: Deutschland. Entwicklung des Arbeitsmarktes 2005, IAB Kurzbericht Ausgabe Nr. 17/12.11.2004

Bach, H.-U./ Gaggermeier, Ch./ Kettner, A./ Klinger, S./ Rothe, T./ Spitznagel, E./ Wanger, S.: Der Arbeitsmarkt in den Jahren 2005 und 2006, IAB Kurzbericht Ausgabe Nr. 23/ 25.11.2005

Bach, Stefan: Stellungnahme des DIW Berlin zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Haushaltsbegleitgesetz 2006. Öffentliche Anhörung des Haushaltsausschusses der Deutschen Bundestages am 4. Mai 2006.

Bartelheimer, Peter: Erwerbsbeteiligung in sozioökonomischer Perspektive. Vortrag im Rahmen des 14. Wissenschaftliches Kolloquium des Statistischen Bundesamtes "Neue Wege statistischer Berichterstattung", Wiesbaden 2005

Bellmann, Lutz/ Dahms, Vera/ Wahse, Jürgen: IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil II Personalpolitik, betriebliche Flexibilität, betriebliche Arbeitszeiten, ältere Arbeitnehmer, IAB Forschungsbericht Nr. 21/ 2005

Böcklerimpuls 5/ 2006: Geringfügige Beschäftigung: Subvention an der Zielgruppe vorbei

Bothfeld, Silke/ Thiel, Anke/ Ziegler, Astrid: Pressegespräch zur Vorstellung des WSI-FrauenDatenReports 2005 (Pressevorlage)

Brandt, Thorsten: Mini- und Midijobs im Kontext aktivierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. WSI-Diskussionspapier Nr. 142, Düsseldorf 2005

Bundesknappschaft (Minijob-Zentrale): Minijobs – Informationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Essen o.J.

Bundesknappschaft (Minijob-Zentrale): Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung, Essen 2006

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Teilzeit – Alles, was Recht ist. Rechtliche Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer, (o.J.)

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Stellungnahme zur Erhöhung der Pauschalabgaben für Minijobs von 25 auf 30 Prozent, Berlin 2006

Der Rat der Europäischen Region: Verordnung (EG) Nr. 2223/96 DES RATES vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft. Amtsblatt Nr. L 310 vom 30/11/1996, S. 0001 – 0469.

Der Rat der Europäischen Union: Richtlinie 97/81/EG vom 15.12.1997 (Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit)

Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht 2005 der Bundesregierung zur Wirkung der Umsetzung der Vorschläge der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Ohne Grundsicherung für Arbeitssuchende), Januar 2006

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Hrsg.): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältniss, Bonn 2006

Hofmann, Herbert: Minijob im Handel – beliebt, aber kaum Chancen für Arbeitslose, ifo Schnelldienst 23/2004 – 57. Jahrgang, S. 22 ff

Haermeyer, Bertold: Der tägliche Weg zur Arbeit. Analyse des Pendleraufkommens in Dortmund 1999 – 2003. Dortmunder Statistik, Fachaufsätze, Dortmund 2004

IWG aktuell Nr. 3/April 2006, S. 2 f. IWG-Trends – In Deutschland arbeiten bereits mehr als 40 Prozent der Arbeitnehmer in Nicht-Normalarbeitsverhältnissen (Autor. Martin Schulte).

Jahn, E.J./ Wolf, K.: Flexibilität des Arbeitsmarktes. Entwicklung der Leiharbeit und regionale Disparitäten. IAB Kurzbericht Ausgabe Nr.14/ 15.08.2005

Kalina, Thorsten/ Voss-Dahm, Dorothea: Mehr Minijobs = mehr Bewegung auf dem Arbeitsmarkt? Fluktuation der Arbeitskräfte und Beschäftigungsstruktur in vier Dienstleistungsbereichen, IAT-Report 2005-07

Kalina, Thorsten/ Weinkopf, Claudia: Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs? IAT-Report 2006-03

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, WSI Mitteilungen 5/ 2006, S. 235-240.

Kock, Klaus: Strukturwandel der Beschäftigung in der Region Dortmund / Kreis Unna / Hamm 1978 – 1997, Schriftenreihe der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt, Dortmund 1998

Lang, Cornelia: Aktuelle Trends: Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in einigen Berufsbereichen stark angestiegen, In: IWH Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Wirtschaft im Wandel 3, 2006, S.75

Meyer-Timpe, Ulrike: Von einem Flop zum nächsten. Ich-AGs und Minijobs verdrängen reguläre Arbeitsplätze: Die Hartz-Reformen sollten Beschäftigung schaffen – doch sie haben die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft, DIE ZEIT 03.03.2005 Nr.10

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)(Hrsg.): Aspekte der Entwicklung der Minijobs. Gutachten im Auftrag der Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft, Essen 2004

Schäfer, Andrea/ Vogel, Claudia: Teilzeitkräfte als Arbeitsmarktchance, Wochenbericht des DIW Berlin Nr.7/ 2005

Schupp, Jürgen / Birkner, Elisabeth: Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder. Dauerhafter Rückgang der Zweitbeschäftigung? Wochenbericht des DIW Berlin Nr.34/ 2004

Seifert, Hartmut: Was bringen die Hartz-Gesetze? Auszug aus: Arbeitsmarktreformen, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 16/2005). Veröffentlicht auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung

Skrabs, Sylvia/ Ganser, Petra (Bearbeitung): Geringfügig Beschäftigte in Tarifverträgen, ver.di Ressort 2, Tarifpolitische Grundsatzabteilung, Stuttgart 2005

Sommer, Michael/ Dörre, Klaus/ Schneidewind, Uwe: Die Zukunft war vorgestern. Der Wandel der Arbeitsverhältnisse: Unsicherheit statt Normalarbeitsverhältnis? Oldenburger Universitätsreden Nr. 162, Oldenburg 2005

Stadt Dortmund, Wirtschaftsförderung (Hrsg): Branchenbericht 2006. Trends und Analysen zum Wirtschaftsstandort Dortmund, Dortmund 2006

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di): Informationen für Betriebs- und Personalräte zur neuen Leiharbeit, Stuttgart o.J.

Wanger, Susanne: Frauen am Arbeitsmarkt. Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit, IAB Kurzbericht Ausgabe Nr.22/ 24.11.2005

Wanger, Susanne: Arbeitszeitpolitik. Teilzeitarbeit fördert Flexibilität und Produktivität, IAB Kurzbericht Ausgabe Nr.7/ 02.05.2006

Wanger, Susanne: Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991 – 2004, IAB Forschungsbericht Nr.2/ 2006

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH): Stellungnahme zur geplanten Anhebung der Pauschalabgaben für geringfügig Beschäftigte und der Begrenzung der Beitragsfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Berlin 2006

## **Anhang**

#### Versicherungspflichtige Beschäftigung

"Beschäftigung" wird definiert als "nichtselbständige Arbeit". Wer eine "Tätigkeit nach Weisung" ausübt und in die "Arbeitsorganisation des Weisungsgebers" eingegliedert ist, der/die geht einer Beschäftigung im Sinne des vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV), § 7, Abs.1 nach ¹. Beschäftigte sind grundsätzlich sozialversicherungspflichtig. Dies gilt auch für Auszubildende, nicht aber für Beamte. Geringfügig Beschäftigte sind nach den Bestimmungen des SGB IV (§ 8) nicht versicherungspflichtig, da für sie keine Abgabenpflicht besteht (die Sozialversicherungsbeiträge entfallen hier oder sind in einem Pauschalsatz von 30% enthalten, den der Arbeitgeber an die Minijob-Zentrale abführt) ¹. Versicherungspflichtig beschäftigt sind dagegen "MidiJobber", da die Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung in einer so genannten Gleitzone zwischen 400,01 € und 800,- € kontinuierlich bis zur vollen Höhe angehoben werden ².

Die Begriffe "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte", "abhängig Beschäftigte" und "Arbeitnehmer/innen" werden in der Rechtsprechung deckungsgleich verwendet. In der Statistik des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter werden auch Beamte der Gruppe der Arbeitnehmer/innen zugeordnet und von den Selbständigen (und mithelfenden Familienangehörigen) unterschieden <sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Sozialgesetzbuch viertes Buch (SGB IV) - Gemeinsame Vorschriften für Sozialversicherung vom 23.07.2004

<sup>2</sup> Siehe SGB IV, § 20, Abs. 2

<sup>3</sup> Siehe Verordnung (EG) Nr. 2223/96 DES RATES (der Europäischen Union) 1996, insbesondere 11.12 und 11.13

#### Standardisierte und nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnisse

Unter dem Begriff "standardisierte Beschäftigungsverhältnisse" werden versicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte und Selbständige zusammengefasst. Maßgebend sind die Dauerhaftigkeit der Beschäftigung und eine an Vollzeitbeschäftigung orientierte Arbeitszeitform. Diese können je nach Betrieb und tarifvertraglichen Vereinbarungen unterschiedlich sein. Nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnisse sind alle übrigen Beschäftigungsverhältnisse, also alle Arbeitsverhältnisse, die nicht auf Dauer angelegt sind und/oder die ein geringeres Arbeitszeitvolumen umfassen als die jeweils betriebsübliche Vollzeitbeschäftigung ¹. Die Verwendung anderer Begriffe zur Unterscheidung der verschiedenen Beschäftigungsformen wie beispielsweise "Normalarbeitsverhältnis", "typische" und "atypische" oder auch "flexible" Arbeitsverhältnisse sind durchaus üblich und beschreiben den gleichen Sachverhalt.

Nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnisse <sup>2</sup> gewinnen in Relation zu den standardisierten Beschäftigungsverhältnissen an Bedeutung. Im Jahre 2004 betrug deren Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen bundesweit bereits 29 %. Der Anteil der abhängig Vollzeitbeschäftigten, also das, was allgemein als "normales" Arbeitsverhältnis bezeichnet wird, betrug 2004 lediglich noch 63 %. Ein wesentlicher Grund für die Verschiebung ist die Tendenz zur Flexibilisierung in den Unternehmen. Sie beschäftigen neben der "Stammbelegschaft" eine so genannte "Randbelegschaft", um Schwankungen bei der Auftragslage besser ausgleichen zu können.

Für die Arbeitnehmer/innen kann diese Art der Flexibilisierung eine Entlastung (Beispiel: Doppelbelastung Arbeit und Familie in der Regel bei Frauen) bedeuten. Umgekehrt können solche Beschäftigungsverhältnisse als prekär bezeichnet werden, wenn ein angestrebtes "Normalarbeitsverhältnis" nicht erreicht werden kann und eine längerfristige Lebensplanung erheblich erschwert wird <sup>3</sup>.

Besonders interessant wird ein Vergleich vor dem Hintergrund der Umsetzung der Hartz-Gesetze, die beispielsweise Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung als Formen nicht standardisierter Beschäftigungsverhältnisse explizit fördern <sup>4</sup>.

<sup>1</sup> vergl. Bellmann/ Dahms/ Wahse (2005); Keller/ Seifert (2006)

<sup>2</sup> Bellmann/ Dahms/ Wahse (2005) ordnen den nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnissen Mini- und Midi-Jobs, Befristungen, Leih- und Kurzarbeit, Teilzeit, sowie ABM/ SAM/ BSI zu.

<sup>3</sup> vergl. Ada/ Bellmann (2004)

<sup>4</sup> Seifert (2005)

#### Teilzeitbeschäftigung

Teilzeitbeschäftigt entsprechend den Bestimmungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) vom 01.01.2001 ¹ sind Arbeitnehmer/innen, wenn ihre regelmäßige Arbeitszeit im Durchschnitt eines bis zu einem Jahr reichenden Beschäftigungszeitraums unter der eines/ einer vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers/in liegt. Als Bemessungsgrenze gilt die betriebsübliche Arbeitszeit für eine/n vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/in, ersatzweise die Arbeitszeitregelung eines anwendbaren Tarifvertrages oder die übliche Arbeitszeit eines/ einer Vollbeschäftigten des jeweiligen Wirtschaftszweiges.

Mit der Einführung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes hat die Bundesregierung die Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit der Europäischen Union umgesetzt <sup>2</sup>. Sie beabsichtigt damit eine Ausweitung der Teilzeitarbeit mit dem Ziel, mehr Flexibilität für die Unternehmen, größere Zeitsouveränität für die Arbeitnehmer/innen und insgesamt mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Kernstück des TzBfG ist die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Teilzeitarbeit und ein Diskriminierungsverbot <sup>3</sup>.

Im Sinne des TzBfG §2, Abs.2, sind auch geringfügig entlohnte Beschäftigte Teilzeitbeschäftigte, obwohl die Bundesagentur für Arbeit (und die statistischen Landesämter) bei einigen statistischen Daten zwischen Teilzeitbeschäftigten und geringfügig entlohnten Beschäftigten unterscheidet.

Entsprechend den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit hat zwischen den Jahren 2000 und 2005 (2006 geschätzt) eine erhebliche Verschiebung der Arbeitsverhältnisse zuungunsten der versicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten und zugunsten der versicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten stattgefunden. Korrespondierend mit dieser Entwicklung ist das Arbeitsvolumen (tatsächliche Arbeitszeit) der versicherungspflichtig Beschäftigten erheblich gesunken <sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz - TzBfG) vom 01.01.2001

<sup>2</sup> siehe Richtlinie 97/81/EG des Rates der Europäischen Union 1997

<sup>3</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (o.J.)

<sup>4</sup> siehe Bach u.a. (2005), insbesondere Abbildung 1 und Tabelle 2

#### Geringfügige Beschäftigung (Minijobs)

Die verschiedenen Formen geringfügiger Beschäftigungen (Minijobs) werden im vierten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV, §§ 8 und 8a) ¹ in Verbindung mit den Geringfügigkeits-Richtlinien ² definiert. Danach dürfen geringfügig entlohnte Beschäftigte nicht mehr als durchschnittlich 400,-€ im Monat verdienen. Für sie wird seit dem 01.07.2006 eine Pauschale von 30% (13% Krankenversicherung, 15% Rentenversicherung, 2% Steuern) entrichtet, die der Arbeitgeber trägt. Im Unterschied dazu betragen die Abgaben für geringfügig entlohnte Beschäftigung in Privathaushalten pauschal 12% (jeweils 5% Krankenversicherung und Rentenversicherung, 2% Steuern). Beiträge zur Arbeitslosenversicherung fallen nicht an. Zuständige Einzugsstelle für die Pauschalabgaben ist die Bundesknappschaft in Essen (Minijob-Zentrale) ³.

Eine Sozialversicherungspflicht für Arbeitnehmer/innen besteht auch dann nicht, wenn <u>eine</u> geringfügig entlohnte Beschäftigung in Nebentätigkeit ausgeübt wird oder wenn es sich um eine kurzfristige Beschäftigung über längstens zwei Monate oder 50 Tage pro Kalenderjahr (nach SGB IV, § 8, Abs. 2) handelt.

Für geringfügig entlohnte Beschäftigte gibt es keine gesetzliche Begrenzung der Wochenarbeitszeit mehr. Diese leitet sich her aus den jeweils geltenden Tarifverträgen <sup>4</sup>. Mit der Gleichstellung geringfügig entlohnter Beschäftigter mit Teilzeitbeschäftigten nach dem TzBfG (§2, Abs. 2) haben sie arbeitsrechtlich den gleichen Status wie alle anderen Teilzeitbeschäftigten und dürfen nicht schlechter behandelt werden als Vollzeitbeschäftigte (TzBfG §4) <sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Sozialgesetzbuch viertes Buch (SGB IV) - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung vom 23.07.2004

<sup>2</sup> AOK - Bundesverband u.a. 2003

<sup>3</sup> Bundesknappschaft (o.J.)

<sup>4</sup> Skrabs/ Ganser (2005)

<sup>5</sup> Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz - TzBfG) vom 01.01.2001

#### Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit, Zeitarbeit)

Die "Arbeitnehmerüberlassung", auch bezeichnet als "Leiharbeit" oder "Zeitarbeit", ist durch eine Dreiecksbeziehung zwischen Verleiher, Leiharbeitnehmer/in und Entleiher gekennzeichnet. In dieser Dreiecksbeziehung fallen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis auseinander. Während zwischen Verleiher und Leiharbeitnehmer/in die Entlohnung, Arbeitszeit und Sozialversicherungspflicht geregelt wird, geht das Weisungsrecht auf den Entleiher über. Für eine gewerbsmäßige Leiharbeit muss von der Bundesagentur für Arbeit eine Erlaubnis erteilt werden.

Die Arbeitnehmerüberlassung wird bereits seit 1972 im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) <sup>1</sup> geregelt. Inzwischen gibt es für die Zeitarbeitsbranche mehrere Tarifverträge, die die Beziehungen zwischen Verleiher und Leiharbeitnehmer/in regeln<sup>2</sup>.

Ergänzend zu den Zeitarbeitsfirmen wurden im Rahmen der Hartz-Reformen flächendeckend Personal-Service-Agenturen (PSA) eingerichtet. Solche Agenturen werden von der Arbeitsagentur subventioniert und haben die Aufgabe, Arbeitnehmerüberlassung und Vermittlungstätigkeit zu verknüpfen. Ziel ist die Übernahme des Arbeitnehmers durch den Entleiher in ein "normales" Arbeitsverhältnis oder die Vermittlung zu einem anderen Arbeitgeber <sup>3</sup>.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat die Leiharbeit überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten (von 1998 bis 2004: 8,61%/Jahr). Die Leiharbeitsquote (Leiharbeit im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) stieg von 0,83 % (1998) auf 1,37 % (2004). Dies entspricht einem Bestand von 400.000 Leiharbeitnehmer/innen im Jahr 2004. Die Leiharbeitsquote in Nordrhein-Westfalen liegt geringfügig über dem bundesweiten Niveau (2004: 1,49 %). Im Bereich der Leiharbeit gibt es eine ausgesprochen hohe Fluktuation: im Jahre 2003 waren 12 % aller Leiharbeitsverhältnisse kürzer als eine Woche und 48 % bestanden zwischen einer Woche und drei Monaten 4.

<sup>1</sup> Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung vom 07.08.1972, Neufassung vom 03.02.1995

<sup>2</sup> Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) (o.J.)

<sup>3</sup> Sozialgesetzbuch drittes Buch (SGB III) - Arbeitsförderung vom 23.07.04, §§ 37c und 434g

<sup>4</sup> Jahn/ Wolf (2005)

## In der Reihe fair statt prekär sind bereits erschienen:



Martina Stackelbeck (Hg.)
Gefälligst zur Kenntnisnahme Wie die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sich im
östlichen Ruhrgebiet auswirkt
Sozialforschungsstelle Dortmund
Beiträge aus der Forschung Nr. 146
ISSN: 0937-7379



Melanie Mörchen Praktikum als prekäre Beschäftigung -Ausbeutung oder Chance zur Integration? Sozialforschungsstelle Dortmund Beiträge aus der Forschung Nr. 149 ISSN: 0937-7379



Klaus Kock, Ulrich Pröll, Martina Stackelbeck fair statt prekär Überlegungen zur Analyse und Gestaltung von Beschäftigungsverhältnissen in der Region Sozialforschungsstelle Dortmund Beiträge aus der Forschung Band 151 Dortmund 2006 ISSN: 0937-7379

Bestellungen richten Sie bitte an:

Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt Iris Kastel-Driller Evinger Platz 17 44339 Dortmund

Tel.: 0231-8596-140

eMail:kowa@sfs-dortmund.de

Besuchen Sie auch unsere Internet-Seiten <u>www.werkstaft-dortmund.de</u> mit weiteren Informationen zum Thema fair statt prekär.

# Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt

**Ziele** | Vermittlung zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt (Hochschulen, Forschungs-, Beratungs-, Weiterbildungseinrichtungen, Betriebsräte, Gewerkschaften) | Zusammenführung von wissenschaftlichem und praktischem Wissen | Organisieren der Zusammenarbeit |

Angebote | Informationen durch Schriften, über das Internet, durch Vorträge und Gespräche | Austausch von Erfahrungen durch Gesprächskreise, Podiumsdiskussionen und Tagungen | Vermittlung von Wissen durch Seminare und Workshops | Kooperationen in arbeitsbezogenen Projekten | Vernetzung in Arbeitskreisen und Kooperationsverbünden

**Themen** | Regionale Strukturpolitik | Arbeitsgestaltung in neuen Branchen | Betriebsklima |

www.werkstadt-dortmund.de | Diskussionen über aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Arbeitswelt | Informationen über Gewerkschaften, Initiativen und Aktionen | Tipps rund um das Thema Arbeit |

Förderung | Die Kooperationsstelle wird gefördert vom "Verein zur Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in NRW e.V." Mitglieder des Vereins sind Gewerkschaften, Hochschulen, wissenschaftliche und andere Einrichtungen der Region sowie Einzelpersonen.





Kooperationsstelle Wissenschaft - Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund

Evinger Platz 15 · 44339 Dortmund Tel.: (02 31) 85 96-140 Fax.: (02 31) 85 96-144 EMail: kowa@sfs-dortmund.de www.kowa-dortmund.de www.werkstadt-dortmund.de